

2.1 Politik(er) made in Nicaragua

2.1.1 Politiker als Übel, Institutionen als Staffage

Am 10. Januar 2007 übernahm die FSLN die Geschicke des nach Haiti zweitärmsten Landes Lateinamerikas. In nackten Zahlen bedeutet das: rund die Hälfte der Nicaraguaner lebt in Armut, das sind mehr als 2,5 Millionen Menschen, die mit weniger als einem US\$ pro Tag auskommen müssen; rund 45 % der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt; von Tausend Neugeborenen sterben rund 25, bevor sie das 5. Lebensjahr erreichen; von Hunderttausend Neugeborenen sterben rund 100 Mütter bei der Geburt; rund 20 % der schulpflichtigen Kinder besuchen keine Grundschule und rund 60 % der Erwachsenen haben keine Sekundärschulbildung erhalten; rund 50 % der ländlichen und rund 22 % der städtischen Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; in dem Index menschlicher Entwicklung der Vereinten Nationen nimmt Nicaragua den 124. Platz ein; und nach Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika weist Nicaragua eine Einkommens- und Vermögensverteilung auf, die in ihrer Ungleichheit ihres Gleichen in der Welt sucht. Das ist das soziale – zutreffender gesagt, das unsoziale – Gesicht eines Landes, das nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit von der spanischen Kolonialmacht im Jahre 1821 zumeist „von Oligarchen und Tyrannen regiert worden ist“, wie David Close in seinem Buch „*Los años de Doña Violeta*“ schreibt; das unsoziale Gesicht eines Landes, das allein in den letzten zwei Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts und in den ersten sechs Jahren dieses Jahrhunderts zwei extreme politische Experimente durchlitt: sozialistische Revolution gefolgt von radikalem Marktliberalismus. Nach gängigen Indikatoren für internationale Vergleiche von Entwicklungsniveaus ist also Nicaragua ein armes, unterentwickeltes Land, das sehr weit davon entfernt ist, die Schwelle zum Entwicklungsstadium am Horizont ausmachen zu können. Im Gegenteil,

sogar im Vergleich zu seinen mittelamerikanischen Nachbarländern, die noch Ende der 1970er Jahre vergleichbare Ausgangsbedingungen und Entwicklungsniveaus aufwiesen, fiel Nicaragua bis heute immer mehr zurück.

Für die Erklärung der absoluten und relativen Unterentwicklung Nicaraguas hat man alle gängigen Erklärungsmuster bemüht: den Kolonialismus, die ausländischen Interventionen, die externe Abhängigkeit, die imperialistische Politik der USA, die Bürgerkriege und nicht zuletzt die extremen politischen Experimente der letzten 30 Jahre. Neuerdings haben einige nicaraguanische Autoren, allen voran Emilio Alvarez Montalván in seinem Buch „*Cultura Política Nicaragüense*“, die politische Kultur des Landes als Erklärungsfaktor in den Vordergrund gerückt. Gemeint ist die Gesamtheit der Werte, Normen, Gewohnheiten und Verhaltensweise, die die Art und Weise, wie Macht in einem Land oder einer Gemeinschaft ausgeübt wird, entscheidend prägen. Sie ist, wie der deutsche Politikwissenschaftler und ehemaliger Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Karl Rohe, schrieb, „so etwas wie ein politischer Code, eine politische Programmsprache, die das Denken, Handeln und Fühlen politischer Akteure steuert und konditioniert“. Politische Kultur in diesem an Max Weber orientierten Sinne beeinflusst in hohem Maße die Erfolgsbedingungen und Ergebnisse politischen Handelns sowie die Art und die Substanz des Handelns selbst. Die politische Kultur ist das Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses und die Summe geschichtlicher Ereignisse, die das Kulturwerden ererbter Eigenschaften verstärken, welche dann die politischen Akteure als *die* gesellschaftlich akzeptierte Verhaltensnorm internalisieren. Auf diesem Wege wird die politische Kultur institutionenbildend, sie formt und imprägniert die politischen Institutionen, die das politische Handeln einbetten. Fakt ist, dass in Nicaragua trotz aller Versuche, moderne demokratische und rechtsstaatliche Institutionen zu entwickeln und nachhaltig zu etablieren, nach wie vor traditionelle, in der politischen Kultur des Landes tief verwurzelte politische Denk- und Handlungsmuster vorherrschen, die gute und demokratische Regierungsführung konterkarieren und den Weg in die politische Moderne versperren. Für diese politische Kultur stehen Begriffen wie: *Personalismo*, *Providencialismo*, *Güegüensismo* (nach einer traditionellen nicaraguanischen Folklorefigur, die zwei Gesichter und somit zwei Zungen hat), Autoritarismus, Heteronomie (Fremdbestimmung) und einige mehr.

Wenig Aufmerksamkeit hat man aber bislang einem Erklärungsfaktor geschenkt, der möglicherweise im Falle Nicaraguas die Mutter aller Erklärungen ist und in einigen Begriffen der politischen Kultur bereits durchschimmert: *die Politiker selbst*, ihre in der Vormoderne verhafteten Motive und Werte. Ein Großteil der nicaraguanischen Politiker scheint alle negativen Vorurteile zu bestätigen, die Politikern weltweit anhaften. Hätte Max Weber 1919, als er seine berühmte Rede

über „*Politik als Beruf*“ verfasste, die nicaraguanischen Politiker vor Augen gehabt, hätte er seine Rede höchst wahrscheinlich „*Politiker als Übel*“ genannt. Auf sie trifft seine Warnung zu, dass der gewöhnliche Politiker aus „rein persönlicher Selbstberauschung“ nach Macht strebt. Auch die Sätze von Alexis de Tocqueville in seinen „*Erinnerungen*“, in denen er, wie Jürgen Leinemann schreibt, „seine Abscheu vor dem Opportunismus, der platten Verlogenheit und der Mittelmäßigkeit seiner Politikerkollegen“ kundtat, scheinen auf die heutigen nicaraguanischen Politiker gemünzt gewesen zu sein: Sie besäßen, so Tocqueville spottend, „die wertvolle und in der Politik manchmal unerlässliche Gabe, ihre Überzeugungen ihren augenblicklichen Begierden und Interessen anzupassen, und gelangen so dazu, auf verhältnismäßig anständige Weise ziemlich unehrenhaft zu handeln“. Man könnte, wenn man es nicht besser wüsste, auch Thomas Mann unterstellen, dass er in seinen „*Betrachtungen eines Unpolitischen*“, in denen er den Politiker als „ein niedriges und korruptes Wesen“ verhöhnt, den typischen nicaraguanischen Politiker vor Auge gehabt zu haben.

Die Nicaraguaner selbst vergleichen ihre Politiker mit dem Chamäleon: sie ändern ihre Parteien und Ideologien wie andere Menschen das Hemd. Es gibt kaum ein anderes Land, in dem Politikerkarrieren ganz links beginnen und ganz rechts enden und umgekehrt. Jaime Morales Carazo, der Vizepräsident der Republik in der zweiten Regierung Ortega (2007–2012), hat diesen Charakterzug des nicaraguanischen Politikers unumwunden zugegeben. Während des Wahlkampfes 2006 sagte er: „Politik zu machen, bedeutet, sich von links nach rechts zu bewegen, durch die Mitte vorbeigehend, ohne in irgendeinem Punkt permanent zu bleiben“. Und dieses Geständnis erfolgte aus berufenem Munde. In den 1980er Jahren war Jaime Morales Carazo führendes Mitglied des Nicaraguanischen Widerstandes („*Resistencia Nicaragüense*“), der gegen die damalige, von Daniel Ortega geführte Revolutionsregierung Krieg führte; er soll auch CIA-Agent gewesen sein; 1993 war er verantwortlich für die Formulierung der neuen Statuten der PLC; 1996 leitete er den Wahlkampf von Arnaldo Alemán, der sich als „Sandinistenfresser“ inszenierte; und nach dessen Wahlsieg übernahm er die Rolle seines wichtigsten persönlichen Beraters in dem Rang eines „Ministers des Staatspräsidenten“; er gehörte der PLC bis 2002 an, bis die Partei ihn als „Dissident“ rauswarf; 2006 kehrte er in die hohe Politik zurück, kandidierte an der Seite von Daniel Ortega und wurde zum Kronzeugen der „Versöhnungspolitik“ der FSLN; nach dem Wahlsieg der FSLN übernahm er das Amt des Vizepräsidenten der Republik, das er anständig, aber auch rein dekorativ ausübte. Getreu dem Motto seines 1986 in Mexiko veröffentlichten Buches „*Mejor que Somoza, ¡cualquier cosa!*“ ist Jaime Morales Carazo eines von vielen Beispielen für nicaraguanische politische Karrieren, die nach Jahren erbitterter Feindschaft im Bett des Feindes enden. Dabei kann Jaime Morales Carazo

als einer der sympathischsten Lagerhopper der letzten 20 Jahre gelten. Bei vielen anderen Politikern, die in späteren Kapiteln dieses Buches ebenfalls vorkommen werden, waren materielle persönliche Interessen, erkaufte Loyalitäten und Erpressung offensichtlichere Gründe für den Lagerwechsel.

Patchwork-Identitäten nennt der deutsche Sozialpsychologe Heiner Keupp jene Identitätsmuster von Menschen, die ihre Identitäten aus unterschiedlichen Identitätsfragmenten zusammenstellen und – wie Jürgen Leinemann es ausdrückte – „in der Lage sind, in jedem Augenblick ihr Ich zu dekonstruieren und situationsangemessen neu zusammenzusetzen“. Heiner Keupp vertritt die These, dass die Identitätsarbeit – also die aktive Konstruktion der eigenen Identität – „als Bedingung und als Ziel die Schaffung von Lebenskohärenz [hat]“, sie diene dem Menschen dazu, „nach außen“ Handlungsfähigkeit, Anerkennung und Integration sowie „nach innen“ Selbstanerkennung und das Gefühl von Authentizität und Sinnhaftigkeit aufrechtzuerhalten. Es ist unschwer zu erraten, dass der durchschnittliche nicaraguanische Politiker gerade diese Kohärenzschaffung nicht hinkriegt. So unterschiedlich, so widersprüchlich, so konträr sind die Wertegrundlagen, auf die seine wechselnden Identitäten stehen. Wo kommt die Patchwork-Identität nicaraguanischer Politiker her? Das hat nichts mit den gegenwärtigen Veränderungen der globalisierten und individualisierten Gesellschaft zu tun, die Heiner Keupp für die Erklärung von Patchwork-Identitäten des „spätmodernen Menschen“ bemüht, oder mit dem „Prozess tiefgreifender Enttraditionalisierung“, mit dem der deutsche Psychologe Wolfgang Kraus das Phänomen erklärt. Sie ist eher Ausdruck des Ausbleibens der Moderne und der Enttraditionalisierung. Martha Solano Martínez legte in der Sonntagsbeilage von *La Prensa* vom 2. Dezember 2007 dar, dass diese Eigenschaft des nicaraguanischen Politikers darauf zurückzuführen ist, dass er vor allem persönliche Interessen verfolgt, aber auch darauf, dass er auf einen *Caudillo* fixiert ist und alle Pirouetten des *Caudillo* mitmacht. Die wichtigsten Werkzeuge eines solchen Politikers sind nicht Sachkenntnisse und Weltanschauung, sondern kreative Begründungen für seine wechselnden politischen Positionen und seine Fähigkeit, seine wahren Interessen zu verbergen. Er verzichtet darauf, eine eigene, kohärente Identität im Sinne Keupps zu konstruieren. Die Folgen davon sind emotionale Instabilität, Schamlosigkeit, Erosion von Werten wie Prinzipientreue, Ehrlichkeit, Fairness, Allgemeinwohldienen. Es zählt nur die Sicherung eigener Interessen, die blinde Ergebnisorientierung gegenüber dem *Caudillo* und die trickreiche Bekämpfung des wechselnden politischen Gegners, wobei wer heute Gegner ist, morgen Freund sein kann und umgekehrt. Dieser Politikertyp erfüllt nicht die Anforderungen, die Jürgen Leinemann an ihn stellt; er ist also nicht dazu da, Orientierung zu geben und dem Allgemeinwohl dienende Politikinhalt zu formen, zu vermitteln und umzusetzen.

Und so ereilt viele, ihrem Land wohlgesinnte Nicaraguaner das Schicksal von Heinrich Heine im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Wenn sie an ihre Politiker in der Nacht denken, dann sind sie um den Schlaf gebracht. Dank seiner Politiker ist Nicaragua nämlich ein hervorragendes Beispiel dafür, dass es für eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung *nicht nur* auf Institutionen ankommt. Sie sind dafür notwendig, aber bei weitem nicht hinreichend. Der Fall Nicaraguas zeigt, dass es erstens auf die Politiker, zweitens auf die Bürger und erst dann auf die Institutionen ankommt. Seine politische Geschichte lehrt, dass sich die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nur dann entwickeln und konsolidieren können, wenn die Politiker ihren Geist teilen und verinnerlicht haben; wenn sie darauf verzichten, die Institutionen für persönliche egoistische Interessen zu missbrauchen und ihre Amtsträger zu korrumpieren; und wenn die Bürger sie daran hindern und dafür bestrafen. Für vormoderne Gesellschaften wie Nicaragua braucht man daher nicht nur eine Theorie der Institutionen und des institutionellen Wandels, wie sie der ökonomische und der politische Institutionalismus in den letzten Jahrzehnten mit großem intellektuellem Aufwand zu entwickeln versuchten, sondern vor allem eine Theorie des *Politikers* und der *Politikermotivation*. Politiker als handelnde Akteure kommen im Institutionalismus gar nicht vor. In seinem Versuch, die Institutionen der modernen westlichen Demokratien in vormoderne Gesellschaften des Südens zu transferieren, übersieht er, dass der politische Wille handelnder Personen, die Institutionen zu respektieren und weiterzuentwickeln, entscheidend ist; er unterstellt implizit, dass der Politiker der Moderne wie selbstverständlich existiert oder er setzt darauf, dass solide und glaubwürdige Institutionen wie von selbst traditionelle Politiker in die Moderne transferieren. Er unterstellt, dass der Politiker die Werte teile, die die politische Moderne verkörpert, aber auch dass er genügend Schamgefühl besitze und deshalb dagegen gefeit sei, die Institutionen und die sie vertretenden Menschen zu korrumpieren. Aber gerade die Erfahrung Nicaraguas zeigt eines deutlich: solange die Politiker die Werte der politischen Moderne nicht zur kompromisslosen Richtschnur ihres Handelns machen und sich gegenüber den Bürgern für die vorsätzliche Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen nicht schämen, aus fehlender innerer Überzeugung oder weil dieses Schämen von der Gesellschaft nicht verlangt wird, solange sind die Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie reine Staffagen und nicht einmal das Papier wert, auf dem sie sanktioniert sind. Zurück zu Platon also? In der Tat gründete Platon eine politische Denktradition, die die Qualität republikanischer Institutionen von den moralischen Tugenden der Politiker abhängig machte; nur diese können vermeiden, dass die Politiker vom rechten Weg abweichen und niederen Leidenschaften unterliegen, die sie zu schlechten Führern machen. In seiner Republik, Buch VI stellte er lapidar fest, dass eine Re-

gierung nur dann perfekt sein wird, wenn sich in ihr die guten Tugenden eines jeden Individuums widerspiegeln. Diese Denktradition geriet durch die von Aristoteles gegründete Politikwissenschaft ins Schwanken. Er rückte das Gesetz anstelle der *Politikertugenden* in den Mittelpunkt seiner Überlegungen um gute Politik. Die Gesetze seien unparteiisch und regelten die menschlichen Handlungen. Die Stadt, der aristotelische Staat also, erlasse sie und lege dadurch die Rahmenbedingungen fest, die Richter sorgten ihrerseits für ihre Erfüllung, und zwar nur den Geist des Gesetzes achtend. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade die deutsche Politik- und Wirtschaftswissenschaft der Nachkriegszeit die Bedeutung starker Institutionen betont, ja sogar im Sinne Aristoteles überbetont. Nach den deutschen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus glaubte die deutsche Politik, wie es Jürgen Leinemann überzeugend darlegt, in starken Institutionen und der politischen Leidenschaftslosigkeit der Politiker die Mittel gegen die Verführbarkeit der Menschen, die während der Nazi-Diktatur erschreckend tragische Folgen hatten, gefunden zu haben. Aus diesem Grund wurde der Bedarf, solide und glaubwürdige Institutionen zu gewährleisten, um die Entwicklung der rechtsstaatlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft zu fördern, Bestandteil der deutschen politischen Kultur.

Doch bei der Beziehung zwischen *Politikertugenden* und guten Institutionen geht es heute nicht um Platon *oder* Aristoteles, sondern um Platon *und* Aristoteles. Nur wenn die *Politikertugenden* und die Institutionen, beide gleichermaßen und gleichzeitig, den Anforderungen der politischen Moderne entsprechen, kann der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaat gelingen. Anderenfalls bleibt er eine Sisyphus-Arbeit, weil – wie David Close in seinem Artikel „*Undoing Democracy*“ klarmacht – Politiker, „deren Verpflichtung zu demokratischen Werten nie stark war, sogar größere Anreize haben (werden), die Demokratie zurückzudrehen“, oder weil – wie Jürgen Leinemann in seinem bereits zitierten Buch schreibt – „Demokratie ohne Demokraten verletzlich (ist)“. Im Falle Nicaraguas muss man die letzte Feststellung noch drastischer formulieren: Demokratie ohne Demokraten bleibt eine Utopie. Vor allem für eine Gesellschaft wie die Nicaraguas, in der die „politische Leidenschaft“ die Politik beherrscht, hat die Überbetonung starker Institutionen eine verhängnisvolle Folge, wie der mexikanische Politikwissenschaftler Carlos Vilas in dem Buch „*The New Politics of Inequalities in Latin America*“ betont: „sie lässt die Konfiguration der Machtverhältnisse beiseite und übersieht die Art und Weise, in der die Akteure die Regeln interpretieren, um diese herum verhandeln und diese als Funktion der *ungleich* verteilten Machtressourcen anwenden“. Wenn man formale Institutionen als in Normen und Gesetze gegossene sozialpolitische Praxis ansieht, kann man ihre konkrete Wirkungsweise und ihre Evolution nur dann verstehen, wenn man den Blick auf die handelnden Akteure richtet und

nachzuvollziehen versucht, wie ihr politisches Handeln, sowohl in der Vorder- als auch in der Hinterbühne der Politik, die Institutionen formt, zum Guten und zum Schlechten; wenn man also die eigentlichen, meist verborgenen Grundlagen für *Politiker*entscheidungen, die Interessen, Loyalitäten und Verpflichtungen, die ihr Handeln bestimmen, entziffert. Nur eine solche Perspektive kann die Wirkung vom politischen Handeln auf die Institutionen und Machtkonfigurationen herausarbeiten, „anstatt die Analyse auf institutionelle Prozesse der Entscheidungsfindung einzuschränken“, wie Carlos Vilas hervorhebt.

Institutionen können also die ihnen angedachte Funktion, Erwartungssicherheit für die Individuen, die Akteure und die Gesellschaft zu produzieren, nur dann erfüllen, wenn Politiker und Amtsträger sie nicht pervertieren und aushöhlen. Aber gerade das kennzeichnet die politische Geschichte Nicaraguas weitestgehend. Wie Alejandro Serrano Caldera in seinem 2007 veröffentlichten Artikel „*La Nicaragua posible*“ sowie in der Sonntagsbeilage von *La Prensa* vom 8. August 2010 zutreffend feststellt, haben die nicaraguanischen Politiker die Beziehung zwischen Institutionen und Politik auf den Kopf gestellt. Nicht die Institutionen stellen den Rahmen, in dem Politik stattfindet und Macht ausgeübt wird, sondern die Politik bestimmt, wie die Institutionen zu funktionieren haben, meistens im Sinne der Partei und des *Caudillo*, die die faktische Macht innehaben. Die Politiker haben die Institutionen in Verhandlungsobjekte verwandelt, meistens um persönliche Interessen von *Caudillos* und deren Parteien durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Beziehung zwischen Recht und Macht: Nicht die Macht ordnet sich dem Recht unter, sondern das Recht der Macht, und zwar wegen der Kontrolle der Machthaber über die Justizorgane sowie des Servilismus der Richter gegenüber den Machthabern. Das Recht begrenzt nicht die Macht, sondern dient ihr. Fazit: Nicht die Institutionen formen und regeln die Machtausübung, sondern die Macht bedient sich der Institutionen, um die Willkür der Mächtigen durchzusetzen. Und so agiert die politische Klasse Nicaraguas, als hätte sie sich verschworen, der Demokratie und dem Rechtsstaat in ihre Land keine Chance zu geben. Viele, leider allzu viele, sind bereit, die Institutionen im Auftrag des jeweiligen *Caudillo* und seiner Partei zu verbiegen, Recht und Gesetz für Partei- und Partikularinteressen zu manipulieren und die Interessen des jeweiligen *Caudillo* vor die Interessen der Allgemeinheit zu stellen. Getragen wird die Ergebnisheit und Käuflichkeit nicaraguanischer Politiker auch von einer grenzenlosen Toleranz und Anpasstheit in breiten Teilen der Bevölkerung, die *Caudillismo* und den Dienst an einem *Caudillo* nahezu als Heldentat verehren. Nicht primär die Verzweiflung der Armut macht die Menschen für die *Caudillo*-Politik verführbar, sondern die jahrzehntelange Gewöhnung an ein politisches System, die Menschen nicht zu mündigen und freien Bürgern, sondern zu einer abhängigen Klientel erzieht.

2.1.2 Die Personalisierung der Politik als Folge

Auf die Politiker kommt es in Nicaragua also entscheidend an. Sie als Gattung erklären weitgehend die Unfähigkeit des Landes, den Weg in die politische Moderne, in eine funktionierende soziale Marktwirtschaft und rechtsstaatliche Demokratie, zu begehen. Die Eigenschaften von Politikern und Institutionen sowie ihre Wechselbeziehungen schlagen sich in einer extremen Personalisierung der Politik nieder. Diese wird von breiten Teilen der Bevölkerung, offen oder verdeckt, gewollt oder ungewollt, mitgetragen und ruft ein politisches Regime mit zwei wesentlichen Merkmalen hervor: erstens etabliert sie personenbezogene Modalitäten der Machtausübung außerhalb jeglicher demokratisch legitimierter Kontrolle und Kanäle, diese schalten die formalen Institutionen aus und verwandeln sie in pseudodemokratische Fassaden eines autoritären und willkürlichen Regimes. Das zweite Merkmal eines solchen politischen Regimes besteht darin, die Institution des *Caudillo* zu seinem Dreh- und Angelpunkt gemacht zu haben. Der *Caudillismo* impliziert die Konzentration der Macht und der Entscheidungsgewalt in dem „*máximo líder*“, der durch die Verteilung politischer und materieller Vorteile sich die Loyalität und die Unterstützung seiner Gefolgsleute sichert. Der „*máximo líder*“ und seine Gefolgsleute sind in ihrem Handeln nicht von politischen und ethischen Überzeugungen, sondern vom Willen angetrieben, Privilegien und Machtpositionen zu verteidigen. Ihm zu widersprechen, gilt als Verrat und wird mit dem Ausschluss aus der „Parteifamilie“ und deren Verachtung bestraft. Das Mindeste, was dem vermeintlichen Verräter droht, ist der Ausschluss aus dem inneren Kreis des *Caudillo* – eine Demütigung und Degradierung, die nur wenige riskieren wollen, auch deswegen weil das in der Regel das Ende aller Privilegien und politischer Aufstiegsmöglichkeiten bedeutet. Die politischen Parteien sind um den jeweiligen „*máximo líder*“ organisiert, der in seiner Partei die Macht monopolisiert und an kein System der Rechenschaftslegung gebunden ist. Die von einem *Caudillo* kontrollierte Partei schiebt politische Ziele vor, aber „der Antrieb zur Patronage ist das wichtigste Motiv hinter dem Wahlwettbewerb der politischen Parteien“, wie David Close es in „*Undoing Democracy*“ formuliert. Politische Parteien in Nicaragua sind daher nicht Ausdruck demokratischer Partizipation und politischer Willensbildung. Sie sind vielmehr Vereine zur Förderung persönlicher Interessen ihrer Führer und derer Gefolgsleute, ein Mittel, um an öffentliche Funktionen und Ressourcen zu gelangen. Für solche Parteien sind Wahlen ein Instrument, um bessere Verhandlungspositionen im Postenschacher der politischen Eliten zu erlangen und sich der staatlichen Institutionen zu bemächtigen – eine Erscheinung, die in Nicaragua extreme Züge annimmt, da es dort parteipolitische Fraktionen nicht nur im Parlament, sondern

in allen wichtigen staatlichen Institutionen gibt, ein Ergebnis der Postenaufteilung zwischen den *Caudillos* und ihren jeweiligen politischen Parteien.

Diese Art von *Caudillismo* ist ein immer wiederkehrendes Phänomen in der Geschichte Nicaraguas, wie José Rizo, der Präsidentschaftskandidat der PLC 2006, in einem Interview in *Confidencial* vom November 2006 bestätigt: "In Nicaragua hat es immer den Zelayismo, den Chamorismo, den Somocismo, den Arnoldismo und den Danielismo gegeben und ich frage mich: warum diese Loyalitäten zu einer Person?" Solche Loyalitäten sind in der Tat schwer zu begreifen. Sie ermöglichen aber dem *Caudillo*, unterwürfige Gleichgesinnte um sich zu scharen, die jedes Schamgefühl, jede politische Ethik abgelegt haben und bereit sind, die Institutionen zu verbiegen, um den Willen des *Caudillos* durchzusetzen. Wenn es dem *Caudillo* gelingt, die Staatsgewalten mit diesen Gleichgesinnten zu unterwandern, ist der Ernstfall von Institutionenversagen da, verursacht von politisch handelnden Personen, denen jedes Mittel Recht ist, um persönliche Interessen durchzusetzen sowie von Personen, die bereit sind, ihrem Gelöbnis auf die Verfassung und das Gemeinwohl zum Trotz, Recht und Gesetz zu manipulieren, um die Interessen des jeweiligen *Caudillo* durchzusetzen – und zwar immer im Namen des Volkes und des Vaterlandes. Das Land gerät in einen Teufelskreis: einerseits schwächt die Personalisierung der Politik die Institutionen, andererseits erleichtern schwache Institutionen dem *Caudillo* und seinen Gefolgsleuten, die staatlichen Institutionen entsprechend seinen Interessen zu modellieren.

Obwohl der *Caudillismo* auf der Personalisierung der Politik basiert, ist er ein politisches Phänomen, das nicht nur die Eigenschaften und Möglichkeiten des *Caudillo*, sondern auch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen des jeweiligen Landes möglich machen. Der *Caudillismo* floriert in der Regel, wenn eine breite verarmte Bevölkerungsmaße existiert, die die Lösung ihrer Probleme von einem „Messias“ erwartet, wenn die Institutionen schwach und ihre Repräsentanten korrumpierbar sind, so dass staatliche und soziale Kontrollmechanismen, die „*checks and balances*“, außer Kraft gesetzt werden. Um zu gedeihen, braucht der *Caudillismo* auch „eine auf klientelistische Politik eingestimmte Kultur“, wie David Close in „*Undoing Democracy*“ betont. Er wird von Bürgern getragen, die von ihren Politikern eine Politik zu Gunsten ihrer Anhänger und nicht zu Gunsten der Allgemeinheit erwarten; Bürgern, die aufgrund der geringen Entwicklung ihres demokratischen und rechtsstaatlichen Bewusstseins eine hohe Toleranz gegenüber Gesetzesmissbrauch und Korruption an den Tag legen; Bürgern, die ihr Vertrauen in Personen und nicht in Institutionen legen. Zur Entlastung der einfachen Bürger muss man allerdings akzeptieren, dass sie durch die herrschende politische Kultur und die herrschenden Verhaltensmuster ihrer Politiker über Jahrzehnte hinweg konditioniert worden sind; sie sind keine Täter, sondern Opfer des herrschenden

„politischen Codes“. Für Nicaragua ist nämlich das Vorhandensein einer solchen politischen Kultur nicht überraschend. Nach seiner Unabhängigkeit hat das Land nur wenige Zeitabschnitte in seiner Geschichte gehabt, in denen demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln in Kraft waren und auch in diesen Perioden wurden sie durch die Pakte zwischen den zeitgenössischen *Caudillos* deformiert und manipuliert. Die Geschichte Nicaraguas ist durchzogen von zahlreichen Kriegen, Pakten, Verfassungsreformen, die für die Herrschenden maßgeschneidert waren, dynastischen und autoritären Herrschaften, die die Opponenten zu vernichten trachteten, und Bürgerkriegen, die in der Regel mit Hilfe ausländischer Regierungen geführt wurden. In seinem Buch *„Patriarch and Folk. The Emergence of Nicaragua 1798–1858“* hat Bradford E. Burs bereits die Entstehung des nicaraguanischen Nationalstaates zwischen 1798 und 1858 als eine Periode der Anarchie bezeichnet, die durch das Fehlen eines von allen Bürgern anerkannten Gesetzes und einer effektiven Regierung verursacht wurde. In dieser Periode genoss Nicaragua lediglich 12 Jahre Frieden, der Regierungssitz wechselte wiederholt wegen der Feindschaft zwischen Großstädten, allen voran León und Granada, und die Staatspräsidenten kamen und gingen in kleinen Zeitabständen. Zwischen 1825 und 1854 haben 24 Präsidenten versucht, Nicaragua zu regieren, ein Schnitt von gerade mal einem Präsidenten pro Jahr. Zwischen 1821 und 1879 wurden 15 Staatschefs durch Militärputsche aus dem Amt gejagt, oft durch militärische Interventionen der USA mit Hilfe nationaler politischer Eliten. Seit 1825 bis heute hat Nicaragua 11 simultane Regierungen und zweimal, 1855–56 und 1995, hat es zwei Verfassungen gehabt, die zur gleichen Zeit in Kraft waren. Im gleichen Zeitraum haben Regierung und Opposition mindestens 12 Mal ein Abkommen oder einen Pakt zur Änderung der Verfassung unterzeichnet, als Ausweg aus einem politischen Konflikt oder einfach zur Aufteilung der Macht. Mit Ausnahme des Volksaufstandes gegen die Somoza-Dynastie war die Bevölkerung bei diesen Ereignissen nur passiver Zuschauer und musste den Ausgang solcher Kämpfe wohl oder übel resigniert hinnehmen. Dazu gesellt sich das Erbe der Kolonialzeit in vielerlei Hinsicht. Wie Emilio Alvarez Montalván in seiner Analyse der politischen Kultur Nicaraguas überzeugend darlegt, etablierte und vererbte der Kolonialismus Politikmuster, die auf Zentralismus und Autoritarismus, Patrimonialismus, Servilismus und Strafflosigkeit sowie auf der Überzeugung basieren, „dass in der Politik alles verhandelbar ist und diejenigen, die davon betroffen sind, müssen sich mit den Machthabern arrangieren“. Ihm zufolge haben die lokalen Politiker nach der Unabhängigkeit die ererbte Kultur und Handlungsmuster nahtlos reproduziert; die Kolonialherren „wurden durch *Caudillos*, Diktatoren und Oligarchien ersetzt, die das Schema einer absolutistischen, gewöhnlich von einem Militär ausgeübten Zentralmacht replizierten, die sich eine unterwürfige, verarmte und ungebildete Klientel kaufte“.

Die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Nicaragua wird auch durch das gebremst, was Andrés Pérez Baltodano in seinem Buch „*Del Estado conquistador al Estado nación*“ den „resignierten Pragmatismus“ nennt. Damit bezeichnet er die traditionelle Haltung der politischen Eliten Nicaraguas, sich der internen Realität und ihren externen Bedingtheiten anzupassen und eine Weltanschauung der Geschichte des Landes zu hegen, nach der diese von Kräften dominiert wird, die sich der Kontrolle der Nicaraguaner entziehen. Die politische Kultur des „resignierten Pragmatismus“ ist in der Vision einer von Gott geleiteten, mit seinen Plänen und Absichten übereinstimmenden Geschichte fest verankert. Dieser *Providencialismo* wird von der Katholischen Kirche seit der Kolonialzeit bis heute genährt und hat Eingang nicht nur in die Volkssprache, sondern auch in die Ideologie der politischen Klasse jedweder Couleur gefunden. Die wohl sichtbarste Ausdrucksform des *Providencialismo* in der nicaraguanischen Kultur ist die grenzenlose Verehrung von Jungfrauen und Heiligen, die für die Nicaraguaner, so der Historiker Emilio Álvarez Montalván, Teil des „magischen Sinns des Lebens“ ist, und er ergänzt: für die Nicaraguaner, „[haben] die natürliche Phänomene und die sozialen und menschlichen Ereignisse einen mysteriösen, undurchdringlichen Ursprung, Ergebnis außergewöhnlicher Kräfte“. Und dieses Kulturmerkmal spiegelt sich in der Neigung der Nicaraguaner wider, ihr Schicksal der Macht des jeweiligen *Caudillo* anzuvertrauen, dem „man außergewöhnlich mächtige Eigenschaften zuweist. Seine Persönlichkeit ist voller Charismen und schließt nicht nur die Aspekte der Grausamkeit, des Ehrgeizes und der Korruption ein, sondern auch seine große Bereitschaft, für seine ergebene Klientel zu sorgen, für die er das effektivste Mittel darstellt, um aus jedem Leid raus zu kommen“, so Emilio Álvarez Montalván. Die Personalisierung der Politik und der Machtausübung spiegelt sich auch in jenem für Nicaragua typischen Präsidialsystem wider, das dem Staatspräsidenten nahezu uneingeschränkte Vollmachten gewährt. Dieses System ist vielfach Ausdruck der Tatsache, dass die Bevölkerung eher dazu neigt, Personen und nicht politischen Strukturen zu vertrauen. Mehr konditionierende anti-demokratische politische Codes kann eigentlich ein Volk nicht verkraften, „so dass es naiv ist, so zu tun, dass unsere Art, Politik zu machen, demokratisch sei, ohne dass wir die autoritär geprägte kulturelle Unterschicht verändert haben“, schlussfolgert resignierend Emilio Álvarez Montalván.

Daniel Ortega und Arnoldo Alemán, zwei entscheidende Spieler des nicaraguanischen Dramas, samt ihrer jeweils unterwürfigen Gleichgesinnten, sind die lupenreine Verkörperung der nicaraguanischen politischen Kultur des *Caudillismo*. Sie haben maßgeblich zu verantworten, dass alle Versuche der letzten 20 Jahre, in Nicaragua moderne demokratische und rechtsstaatliche Institutionen zu entwickeln und nachhaltig zu etablieren, bislang kläglich gescheitert sind. Sie haben dafür

gesorgt, dass sich personenbezogene Modalitäten der Machtausübung etablieren, welche die demokratische Regierungsführung konterkarieren und den Weg in die politische Moderne versperren. Kern dieser Modalitäten ist die Gefangennahme staatlicher Institutionen durch Interessengruppen und *Caudillos*, die persönliche Machtinteressen zu Lasten der Allgemeinheit verfolgen. Sie verhandeln Machtpositionen außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle und instrumentalisieren die staatlichen Institutionen, um ihre Interessen durchzusetzen und politische Gaben im Austausch unbedingter persönlicher Loyalität zu verteilen. Dadurch hat sich eine intransparente, in den Hinterzimmern der Macht paktierte Demokratie breitgemacht, deren Hauptspieler und Träger demokratische Spielregeln nur soweit entwickeln, wie sie ihren Interessen dienen und diese nur dann achten, wenn sie ihre Machtpositionen nicht gefährden. Korruption, Straflosigkeit, Ineffizienz und ähnliches sind unvermeidbare Kollateralschäden eines solchen politischen Systems, das auf die Befriedigung von Partikularinteressen der *Caudillos* und deren Gefolgsleute, welche die formellen Spielregeln demokratischer Machtausübung aushebeln oder manipulieren, orientiert ist. Es ist ein elitäres und ausschließendes System, da die Machtgruppen ein „politisches Spiel“ veranstalten, das sich innerhalb der Grenzen abspielt, die sie selber ziehen, ohne dass sich andere soziale Gruppen daran beteiligen können. Politische Partizipation der Bevölkerung ist nur so weit erwünscht, wie sie das „politisches Spiel“ der Eliten nicht stört. Selbstverständlich manipulieren der *Caudillo* und seine Gefolgsleute den politischen Diskurs, „um Partikular- oder Gruppeninteressen als universelle Interessen darzustellen (...), die Interessen der Macht oder der Partei werden als Werte der Nation ausgegeben“, wie Alejandro Serrano Caldera in „*La Nicaragua posible*“ schreibt. Ein solches System verdammt die Menschen dazu, ihr Heil in der Unterwürfigkeit zu einem *Caudillo* und nicht in der bürgerschaftlichen Mündigkeit zu suchen. Nicht der Wille des Souverän, des Volkes, oder die Gesetzesbindung staatlichen Handelns sind in einem solchen politischen System maßgeblich für das, was zu geschehen hat oder unterlassen werden muss, sondern ausschließlich der politische Wille des herrschenden *Caudillo*. Allein sein Wille oder seine Güte entscheiden darüber, ob eine unabhängige Zeitung weiter erscheint, ein gewählter Bürgermeister sein Amt auch offiziell zugesprochen bekommt, ein zu 20 Jahren Haft wegen Veruntreuung staatlicher Gelder verurteilter ehemaliger Staatspräsident nachträglich freigesprochen wird oder eine gesetzeswidrig konstituierte Verfassungskammer einige Artikel der Verfassung für *verfassungswidrig* (!) erklären darf. Dies alles geschieht in Nicaragua als Folge der paktierten Kontrolle, die Ortega und Alemán über die staatlichen Institutionen ausüben. Aber auch der normale Bürger trägt hierfür Verantwortung. Wenn eine kritische Masse in der Bevölkerung nicht willens ist, die schleichende Erwürgung demokratischer Institutionen politisch und moralisch zu ächten, wenn

sie nicht bereit ist, dem süßen Gift des Klientelismus zu widerstehen, oder wenn die Staatsbediensteten sich gegen den *Patrimonialismo* nicht widersetzen, wird das Land der politischen Willkür einiger Wenigen ausgeliefert, für immer und ewig.

2.2 Die entzauberten Revolutionäre

Als die FSLN und Daniel Ortega nach sechzehn Jahren wieder an die Regierungsmacht zurückkehrten, war die Gesellschaft in ihren Erwartungen gespalten. Das hatte weniger mit dem Regierungsprogramm und dem Erscheinungsbild der FSLN und von Daniel Ortega zu tun. Ein Regierungsprogramm hatten sie während des Wahlkampfes nicht verraten und Ortegas Wahlkampfleiterin, seine Gattin Rosario Murillo, hatte sich redlich bemüht, ihren Anvertrauten als einen bekehrten Gläubigen erscheinen zu lassen, der den Weg zu Gott wieder gefunden und seinen Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen habe. Hoffnung, Befürchtung und gespanntes Abwarten hatten ihren Ursprung vielmehr in den Erinnerungen und Assoziationen, die Anhänger und Gegner mit der ersten Regierung von Daniel Ortega, der Revolutionsregierung von 1979 bis 1990, aus eigener Erfahrung oder aus Erzählungen, verbanden, zumal viele Gesichter und Stimmen, die die FSLN des Jahres 2007 konkret erlebbar machten, die alten geblieben waren. Sie waren die gleichen *Guerrilleros* von damals, jene, die 1979 als Anführer eines bewaffneten Volksaufstandes die Somoza-Dynastie glorreich stürzten und während der Revolutionsregierung eine gerechtere Gesellschaft aufbauen wollten, wie die einen meinten, aber auch jene, die das Land autoritär regierten und in einen mörderischen Krieg und den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten, wie die anderen meinten. Sie waren älter, gewiss, aber auch weiser und staatsmännischer?

Doch Extremperspektiven, Verehrung und Hass, Hoffnungsträger und Schreckgespenst, konnten den alten Revolutionären, die nun die Geschicke des Landes bestimmen, schon damals nicht gerecht werden. Umso weniger heute. Sie sind keine naiven Idealisten mehr, sie können ihre Fehler mit ihrer jugendbedingten Unerfahrenheit nicht mehr rechtfertigen und entschuldigen, schließlich sind sie nunmehr alle *Comandantes*, sie haben zehn Jahre lang regiert und sechzehn Jahre lang erbitterte Opposition betrieben oder mit den Regierenden in den Hinterzimmern der Macht paktiert oder lukrative Privatgeschäfte aufgebaut. Sie sind auch keine Revolutionäre mehr, die alles zu opfern bereit wären, um eine neue, eine gerechtere, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Sie sind auch keine „kommunistischen Menschenfresser, die ein totalitäres Regime errichten und das Land in einen neuen Krieg führen wollen“, wie manche radikale Gegner während der Wahlkämpfe streuten. Dies alles sind sie nicht mehr, falls sie es jemals gewesen sind. In der Zeit der

Machtentbehrung haben sie sich verändert, zum Guten und zum Schlechten. Die Interessen der Armen zu vertreten, ist immer noch ihre deklarierte Priorität. Sie haben sich aber mit den neuen gesellschaftlichen Realitäten arrangiert und gelernt, die Geschäftsoportunitäten, die der „wilde Kapitalismus“ bietet, für den eigenen Vorteil zu nutzen. Ihre Verschränkung mit den neuen politischen und wirtschaftlichen Strukturen ist derart eng, dass sie heute ein beträchtliches eigenes Interesse daran haben, die gesellschaftlichen Realitäten nur so weit zu verändern, wie ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen nicht negativ berührt werden. Radikale Systemveränderer sind sie also nicht mehr, schon gar nicht das nicaraguanische Wirtschaftssystem betreffend.

Mit den im „wildem Kapitalismus“ florierenden Eigeninteressen hängt die wahrscheinlich größte Veränderung der ehemaligen Revolutionäre zusammen: der Verlust ihrer politischen Unschuld und Vorbildfunktion. Sich selbst entzaubert haben sie sich endgültig im März 1990, wenige Wochen nach ihrer Wahlniederlage und auch wenige Wochen vor der Amtsübergabe an Doña Violeta. Ihre letzten Machstunden missbrauchend erließ die abgewählte Revolutionsregierung jene Gesetze, die das Eigentum, das die Revolutionsregierung in den 1980er Jahren enteignet hatte, an neue, von der Revolutionsregierung eigenmächtig bestimmte Eigentümer übertrugen. Von diesen Gesetzen profitierte sicherlich manch armer Bauer, der im Zuge der Agrarreform der Revolutionsregierung Land zugeteilt bekommen hatte, und auch manch armer *Guerrilla*-Kämpfer, der aus purem Idealismus in den Krieg gezogen war. Das Ganze hatte allerdings einen großen Schönheitsfehler: unter den Begünstigten befanden sich unzählige Mitglieder der damaligen sandinistischen Nomenklatura: Mitglieder der Revolutionsjunta und des Nationalen Direktoriums, andere Parteiführer, hochrangige Funktionäre der Regierung und Gewerkschaftsführer. Sie wurden über Nacht rechtmäßige Eigentümer von Vermögenswerten, die die Revolutionsregierung der 1980er Jahre der Somoza-Dynastie und anderen „Gegnern der sandinistischen Revolution“ enteignet hatte. Dazu zählten, wie Ernesto Cardenal in seinem 2003 erschienenen Erinnerungsbuch *„La Revolución Perdida“* aufzählt, „Bankkonten, Häuser, Fahrzeuge, Handelsunternehmen, Supermärkte, Kaffee- und Viehfincas, Zuckerrohrplantagen, Bananenfincas, Restaurants, Fernsehgeräte, Radiogeräte, Fleisch- und Bananenvertriebsunternehmen sowie Bank- und Finanzunternehmen“. Bis heute pflegt der Volksmund diese berühmt berüchtigten Gesetze und die damalige sandinistische Selbstbedienung als *„Piñata“* zu bezeichnen, und zwar in Anlehnung an eine Kindergeburtstagstradition, bei der die Kinder mit verbundenen Augen auf eine bunt gestaltete, mit Süßigkeiten vollgefüllte Pappfigur mit einem Stock draufhauen, bis sie zerbricht und es lauter Bonbons regnet. In einer Mischung aus Bitterkeit und Ironie beschreibt Ernesto Cardenal in seinen Erinnerungen die ganze Perversion der *Piñata*: „Es hat den Raub staatlichen

Eigentums gegeben, den die Führer verübten, um diese der FSLN zu übertragen, und den Raub staatlichen Eigentums, den die Führer verübten, um diese sich selbst zu übertragen, und anschließend den Raub des Eigentums der FSLN, das die Führer ebenfalls sich selbst übertrugen“. Kann sich jemand wundern, dass diesen Gesetzen der anrühige Makel der schamlosen Selbstbedienung zu Lasten der Allgemeinheit anhaftet? Selbst das Haus, das heute Daniel Ortega und seine Gattin Rosario Murillo bewohnen und sie zugleich als Partei- und Regierungszentrale verwenden, ist ein allgegenwärtiges Symbol der *Piñata*. In seinen Revolutionsmemoiren „*Adíos Muchachos*“ geht Sergio Ramírez mit seinen ehemaligen Weggefährten wegen der *Piñata* hart ins Gericht. Sie habe vor allem eine „Verhaltensoption gegenüber dem Leben“ zertrümmert, also die Option ehrlich und anständig zu leben und Politik zu machen; sie sei der „eigentliche Verlust der Heiligkeit“. Die sandinistische Nomenklatura begründete die *Piñata* politisch mit dem Argument, dass die FSLN in der Opposition vernichtet werde, wenn sie die Regierung ohne materielle Mittel verlasse. Jahre später aber, von einem Journalisten darauf angesprochen, verriet der *Comandante* Bayardo Arce, einst legendärer *Guerrilla*-Führer und heute wohlhabender Geschäftsmann und nebenberuflich Ortegas Wirtschaftsberater, das wahre Motiv für das Vorgehen der entzauberten Revolutionäre mit dem legendären Satz: „Was wollen Sie? Dass wir mit dem Fahrrad aus der Regierung gingen?“.

Die unangefochtene Nummer Eins in der FSLN und ihrer Regierung ist heute Daniel Ortega, Generalsekretär der Partei, *Comandante* der Revolution und derzeitiger Staatspräsident Nicaraguas. Das war aber nicht immer so nach dem Machtverlust 1990. In den langen Oppositionsjahren musste er sich einer zunehmenden internen Opposition erwehren, die ihm mehrmals die Führung der Partei streitig machte. Dass er seine Führung dennoch behaupten konnte, verdankt er seiner Zähigkeit, seinem Machtinstinkt und dem für ihn glücklichen Umstand, dass viele seiner Weggefährten aus den Revolutionsjahren nach der Wahlniederlage 1990 andere Wege gingen. Nach dem Machtverlust 1990 haben wichtige Mitglieder des Nationalen Direktoriums („*Dirección Nacional*“), damals die oberste Autorität in Staat und Partei, die aktive Politik verlassen: der übermächtige Innenminister der Revolution, Tomás Borge, übernahm die Leitung der sandinistischen Zeitung *Barricada*, nachdem er alle Redakteure und Herausgeber gefeuert hatte; der Agrarreformminister der Revolution, Jaime Wheelock, ging als Student nach Harvard; und der mächtige Verteidigungsminister der Revolution, Humberto Ortega, ließ seine Parteimitgliedschaft ruhen, um sein Amt als Verteidigungsminister unter Doña Violeta behalten zu können und anschließend zog er als wohlhabender Privatier und Geschäftsmann nach Costa Rica um, wo er heute noch lebt. Damit blieb Daniel Ortega mehr oder weniger als einziger übrig und wurde Partei- und Oppositionsführer. In den darauffolgenden Jahren hat er die Partei und die Parlamentsfraktion

der FSLN mit eiserner Hand geführt und von potenziellen und tatsächlichen „Abweichlern“ mit rüden Methoden gesäubert. Seine Mission als Oppositionsführer sah er vor allem darin, die „Errungenschaften der sandinistischen Revolution“, insbesondere die *Piñata*, gegen die restauratorischen Eingriffe des Neoliberalismus zu verteidigen, und die Wirtschaftsmacht seiner Familie und des neuen, im Schatten der *Piñata* entstandenen „Blocks sandinistischer Unternehmer“ („*Bloque de Empresarios Sandinistas*“), die nach dem Parteitag von 1998 zu einer der mächtigsten Fraktionen innerhalb der FSLN wurde, aufzubauen. Und natürlich auch darin, alles zu tun, um so bald wie möglich an die Macht zurückzukehren. Dafür hat er schließlich drei Anläufe gebraucht, wobei er sich nur deshalb als Dauerkandidat hat durchsetzen können, weil er interne Rivalen mit brachialen Methoden ausschaltete und die interne Parteidemokratie außer Kraft setzte. Auch nach außen waren seine Mittel effektiv, aber strittig: parlamentarische und außerparlamentarische Blockade der demokratisch gewählten Regierungen, nämlich die sogenannte Strategie des „Regierens von unten“; ominöse, anrühige Pakte mit rechten korrupten Politikern; Gefälligkeitsgeschäfte mit der Hierarchie der katholischen Kirche; die Entpolitisierung und Entsäkularisierung der FSLN, ihrer Wahlkämpfe und ihrer Regierungsarbeit. In seinem politischen Handeln hat Daniel Ortega auch immer mehr die in Nicaragua herrschende politische Kultur des *Caudillismo* verinnerlicht und für seine Zwecke genutzt, er wurde selbst zu einem klassischen nicaraguanischen *Caudillo*, der nunmehr die ominösen „Tricks und Fertigkeiten des parteipolitischen Ränkespiels“ (Leinemann) der traditionellen politischen Eliten des Landes meisterlich beherrscht. Der *Orteguismo* hat seine Interessen neu definiert, alte revolutionäre Ideale vermengen sich mit wirtschaftlichen und machtpolitischen Eigeninteressen, seine Denkmuster bleiben aber überwiegend die alten, als wäre es eine Prinzipienfrage, den Fall der Berliner Mauer und das Ende des Ost-West-Konflikts zu ignorieren, oder einen klassenkämpferischen Nord-Süd-Konflikt wieder zu beleben, oder die Menschen mit einem politischen System zu beglücken, das sie mehrheitlich nicht gewählt haben.

Die Verwandlung des Daniel Ortega blieb nicht ohne Folgen für seine Partei, die FSLN. Sie ist immer noch die größte, die bestorganisierte und die disziplinierteste Massenpartei Nicaraguas. Von der einst lebendigen Mitgliederpartei ist allerdings wenig übrig geblieben. Sie rettete ihre konspirativen Eigenschaften als kampfgeprobte Kaderpartei in das demokratische Nicaragua hinüber. Und so ist sie heute in der Lage, binnen weniger Stunden die Massen zu mobilisieren, aber auch kleine Kampfeinheiten, die trainiert sind, um den Verkehr lahmzulegen, die Wände und Straßenlaternenpfähle in den Städten rot-schwarz zu bemalen oder die Demonstrationen der regierungskritischen Zivilgesellschaft und der Opposition gewaltsam zu verhindern. Ansonsten hat Daniel Ortega sie mit eiserner Hand in eine tradi-

tionelle nicaraguanische Partei verwandelt, die sich um die machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Führungsriege organisiert; eine Partei, die Politik, Wahlen eingeschlossen, als Instrument zur Sicherung und Durchsetzung dieser Interessen betrachtet. Ricardo Coronel Kautz, Führungsmitglied der FSLN, hat mit einer verblüffenden Ehrlichkeit den neuen Politikansatz der FSLN unter Ortega zugegeben. In einem Beitrag für *El Nuevo Diario* vom 23. September 2005 schrieb er:

Die Politik ist nicht mehr als das Spiel der Demagogie, der Manipulierung, der Befummelerei, des Verkaufs von Illusionen, der Mogelei, des Spielchens, des Kaufs und des Verkaufs vom Willen, der Erpressung, des Zynismus, der Schmiergelder, der pfündenhaften Pakte, des Nepotismus, der so genannten Korruption, des Missbrauchs des Wortes und der illegalen Einflussnahme, der Halblügen und Halbwahrheiten und alles andere. Und es ist eben so, es kann nicht anders sein, es ist etwas Wesenseinheitliches und Unentwirrbares des Systems, es ist das Spiel des Systems, es ist das System. (...) Die FSLN hat dieses Spiel lernen müssen. Und jetzt ist man verstört, dass sie es besser als ihre Lehrer spielt. (...) Für die FSLN ist dieses Lernen ein gefährliches Risiko, weil sie etwas jenseits ihrer Essenz gelernt hat, mit dem sie unverzichtbare taktische Ergebnisse erreicht und das sie dauerhaft vorstellen kann, das aber für ihr Überleben erforderlich ist. Mit anderen Worten, wenn sie es nicht tut, verschwindet sie. Folgerichtig rechtfertigt auch in diesem Spiel, wie in allen anderen, das Ziel die Mittel.

Mit diesem neuen Politikansatz des prinzipienlosen „politischen Realismus“, wie ihn Humberto Ortega kritisch nannte, konnten Daniel Ortega und die Führung der FSLN Machtpositionen und Wirtschaftsinteressen sichern und neue hinzugewinnen, sie haben aber immer mehr die alten revolutionären Idealen und Werte preisgegeben, bis die FSLN, die einst weltweit als Vorbild für den Kampf für soziale Gerechtigkeit, politische Selbstbestimmung und nationale Souveränität stand, praktisch zu einem Interessenverband und einem Wahlverein mit einer diffusen antiimperialistischen und anti-oligarchischen Rhetorik verkam. Was sonst von der Partei übrig blieb, haben Ortega und seine Mitstreiter von oben nach unten organisiert und mit autoritärer Hand geführt, sie haben jegliche interne Demokratie und Diskussionskultur aus der Partei verbannt. Mehr noch: heute wird die Partei von einem Familienclan geführt: Daniel Ortega und Rosario Murillo treffen alle – wichtigen und unwichtigen – Entscheidungen, Widerspruch gilt als Majestätsbeleidigung und bedeutet in der Regel das Ende der politischen Karriere und der wirtschaftlichen Privilegien des Aufmüpfigen, wie unter vielen anderen der Fall von Dionisio Marengo überdeutlich zeigt. Er war ein langjähriger Weggefährte und Vertrauter Ortegas und bis Januar 2009 Bürgermeister von Managua. Als solcher war er sehr populär und rangierte regelmäßig weit oben in der Beliebtheitsskala nicaraguanischer Politiker, so dass die Presse und einige politische Analysten ihn immer wieder als potenziellen Nachfolger von Daniel Ortega auf dem Präsidenten-

stuhl gehandelt haben. 2008 fiel er in Ungnade bei Rosario Murillo, weil er es wagte, einige Entscheidungen der Regierung und den Einfluss von Rosario Murillo auf die Regierungspolitik öffentlich zu kritisieren. Der wahre Grund dürfte aber gewesen sein, dass sie die Beliebtheit des populären Bürgermeisters satt war. Sie diffamierte ihn daraufhin in den von der FSLN kontrollierten Medien als „Verräter“, wohlwissend, dass eine solche Stigmatisierung in der Geschichte der FSLN einem Rufmord gleichkommt. Nachdem er sein Amt als Bürgermeister abgab, verschwand er in der Versenkung. Ein weiterer Hoffnungsträger der FSLN ging von Bord, Ortega und Murillo hatten sich wieder eines potenziellen Widersachers entledigt. Auf der Strecke geblieben waren einmal mehr die Ethik und die Prinzipientreue in der Politik.

Die Mutation der FSLN unter der Führung von Daniel Ortega zu einer klassischen nicaraguanischen *Caudillo*- und Interessenpartei brachte auch einen weiteren „Verlust der Heiligkeit“ mit sich: in den sechzehn Jahren Oppositionszeit stimmte die FSLN im Parlament nahezu allen „neoliberalen“ Gesetzen der liberal-konservativen Regierungen, von Doña Violeta über Arnaldo Alemán bis Enrique Bolaños, zu. Paradebeispiel ist die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik, das sogenannte DR-CAFTA. Die FSLN hatte dieses Abkommen lange Zeit als den Inbegriff des Neoliberalismus bekämpft, stimmte dem aber 1995 im Parlament zu, und zwar wenige Stunden, nachdem Ortega öffentlich erklärt hatte, dass die FSLN „alle Hindernisse für die Zustimmung des CAFTA aus dem Weg räumen werde“. Mehr noch: 1996 hätte das Parlament die Ausführungsgesetze des DR-CAFTA ohne die 36 Stimmen der FSLN-Abgeordneten gar nicht durchwinken können, da bei dieser Gelegenheit nicht einmal die Abgeordneten der PLC dafür gestimmt haben. Angesichts der Tatsache, dass die FSLN solchen und anderen „neoliberalen“ Gesetzen immer wieder zustimmte, eine Folge der zahlreichen Pakte von Ortega, ist sein anti-neoliberaler Diskurs von heute wenig glaubwürdig und entpuppt sich als Beruhigungsspiel für eine enttäuschte Anhängerschaft. Einen traurigen Höhepunkt des neuen „politischen Realismus“ der FSLN erlebten die Nicaraguaner im Oktober 2006, als ihre Abgeordneten im Parlament einem ultrakonservativen Anti-Abtreibungsgesetz zustimmten (s. Abschn.: „*Religion und Pragmatismus statt Politik*“), um Frieden mit der katholischen Kirche zu schließen. Auch hier opferte die FSLN alte Prinzipien und Ideale aus purem politischem Opportunismus. Und das setzte sich während der Regierungszeit 2007–2012 fort (s. Kap.: „*Die sandinistische Gegenreformation*“).

Angesichts der Enttäuschung und Frustration, die die einstigen Revolutionshelden mit ihrer neuen Politik bei vielen ihrer früheren Anhänger und Unterstützer aus dem In- und Ausland ausgelöst haben, ist es nicht überraschend, dass der Wahlsieg der FSLN vom November 2006 jenseits ihrer direkten Anhängerschaft kein Freudentaumel und keine Solidaritätsbekundungen auslöste, die annähernd

vergleichbar mit denen von 1979, als die Sandinisten siegreich in Managua einmarschierten, gewesen wären. Die Revolutionäre hatten in den Augen vieler ihre Unschuld verloren, sich selbst entzaubert, und viele fragten sich, was man von einem solchen Interessenverband an praktischer, aber wertorientierter Regierungspolitik unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts noch zu erwarten hatte. Die harsche Kritik, die der Regierung Ortega seit ihrem Amtsantritt aus nationalen und internationalen Kreisen, die früher zu den solidarischen Unterstützern der FSLN zählten, entgegen schallt, ist in erster Linie Ausdruck der ethischen Enttäuschung über die ehemaligen Revolutionshelden. Diese hat sich bei vielen in Null-Toleranz gegenüber der heutigen Regierungspolitik der FSLN verwandelt. Die Helden von einst haben zu viele Ideale und Prinzipien verraten, um heute erneut Solidarität einfordern zu können. Der erneute, vom Fälschungsverdacht überschattete „Wahlsieg“ der FSLN im November 2011 rief bei vielen ehemaligen Anhängern der sandinistischen Revolution nur noch Ablehnung und Resignation hervor.

Die Nummer Zwei in der Partei und der Regierung, allerdings eine dominante und allgegenwärtige Nummer Zwei, ist die Ehefrau von Daniel Ortega, Rosario Murillo. Sie gilt als „gebildet und kultiviert“, für nicaraguanische Verhältnisse, wie die Schriftstellerin Giaconda Belli einschränkend sagte. Sie besuchte die Grundschule in Großbritannien und studierte Kunst in der Schweiz. Sie selbst definiert sich als „Poetin“, auch wenn sie schlüssige Beweise dafür bislang schuldig geblieben ist. Bekannt ist sie vor allem wegen ihrer extravaganten Art, die das Magische oder das Esoterische, das Religiöse und das Revolutionäre miteinander kombiniert, wie die Sonntagsbeilage von *La Prensa* von 6. Dezember 2009 schrieb. Ihre Kritiker bezeichnen sie als „extrem ambitioniert und machtgerig“, „paranoisch“ und „skrupellos“. 2006 und 2011 leitete sie den Wahlkampf Ortegas und der FSLN und hatte in dieser Funktion einen maßgeblichen Anteil am Wahlsieg der FSLN. In der Regierung Ortega besetzt sie ebenfalls eine Schlüsselposition und ihre extravagante Art beherrscht das Erscheinungsbild der Regierung. Deshalb wird die Regierung Ortega auch als Regierung Ortega-Murillo bezeichnet. Nach Aussage von Daniel Ortega selbst, teilt er sich die Regierungsmacht zu 50 % mit ihr, was er ernsthaft als Beweis für die Genderorientierung seiner Regierung ausgibt. Rosario Murillo, die *Chamuca*, wie sie im Volksmund despektierlich, aber auch ehrfürchtig genannt wird, leitet den mächtigen „Rat für Kommunikation und Bürgerschaft“ („*Consejo de Comunicación y Ciudadanía*“, CCC), der die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung steuert, die Verlautbarungen an die Presse monopolisiert, das Kabinett koordiniert und dafür zuständig ist, das strittige Modell der Bürgermacht mit seinen Bürgermachträten („*Consejos de Poder Ciudadano*“, CPC) aufzubauen und zu steuern. Bei öffentlichen Auftritten und Staatsbesuchen weicht sie nie von der Seite Ortegas. Sie begleitet ihn nicht als „*Primera Dama*“, sondern als Managerin des Präsidenten-

büros, Beraterin und Übersetzerin. Um die zentrale Rolle, die Rosario Murillo in seiner Regierung spielt, zu bekräftigen, machte Ortega 2007, in den ersten Tagen seiner Regierung, zwei weitere Entscheidungen bekannt: zum einen wies er den Finanzminister an, alle Haushaltsmittel, die den Ministerien und sonstigen Regierungsinstanzen für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung standen, in Murillos Kommunikationsrat zu konzentrieren. Auch hier war die Botschaft klar vernehmbar: nur Ortega und Murillo können für die Regierung sprechen. Weitsichtige Journalisten wie Carlos F. Chamorro in *Confidencial* vom Februar 2007 sahen darin die ersten Anzeichen für eine diskriminierende Pressepolitik: die Konzentrierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung in den Händen von Rosario Murillo ziele darauf ab, die regierungsnahen und parteieigenen Medien mit Werbeaufträgen bevorzugt zu bedienen und gleichzeitig den regierungskritischen Journalismus finanziell unter Druck zu setzen. Er sollte leider Recht behalten. Zum anderen erließ die Regierung das Dekret 10–2007, das die Genehmigung von Dienstreisen für die Kabinettsmitglieder regelt. Danach müssen alle Kabinettsmitglieder dem Präsidenten ihre Anträge über Rosario Murillo vorlegen, welche auch die Antworten des Präsidenten an die Antragssteller weiterleitet. Damit verwandelt sie sich de facto in die erste Regierungsinstanz, die über Dienstreisen von Kabinettsmitgliedern entscheidet. Eine Nichtigkeit zwar, welche aber eine klare machtpolitische Botschaft enthielt: ohne Rosario Murillo läuft in der Regierung nichts. Am 13. Juni 2008, eine Woche vor dem Geburtstag von Rosario Murillo, hat Daniel Ortega per Regierungsdekret die Befugnisse seiner Gattin sogar erweitert: er übertrug ihr die Koordinierung aller sozialen Programme der Regierung und machte sie de facto zur Chefin des Sozialkabinetts. Damit hat Ortega die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung, die Leitung der Bürgermachträte und die Steuerung der sozialen Programme in den Händen von Rosario Murillo fusioniert; eine Machtkonzentration, die sie praktisch in eine Art Premierministerin verwandelt. Und noch wichtiger: sie ist der kreative – auch wenn ihre Kreativität nicht immer geschmackvolle Produkte hervorbringt – und strategische Kopf der Regierung und verantwortlich dafür, die Spiele für das Volk zu veranstalten; eine Kunst, die sie meisterlich beherrscht, ausgestattet mit einem scharfen Gespür für die üppige politische Rendite, die der propagandistisch wirkungsvoll inszenierte Populismus in einem armen Land abwirft. Während Ortega der Meister des Taktierens, der politischen Intrigen und der „*bolás recias*“ – also jener Bälle, die der *Pitcher* beim Baseball, der beliebtesten Sportart der Nicaraguaner, mit einer höchst möglichen Geschwindigkeit wirft, damit der *Batter* diese nicht treffen kann – ist, beherrscht seine Frau die politische Kommunikation, hat Sinn für politische Strömungen, kennt die Seele des einfachen Volkes und weiß, wie es unterhalten werden kann. Ortega ist ein Meister der Improvisation, des unorganisierten und ungeplanten Agierens oder Reagierens sowie des

kurzfristigen, flexiblen und intransparenten Handelns. Klare und langfristige Vorfestlegungen in Form von Strategien, Regierungsprogrammen oder Entwicklungsplänen sind nicht seine Sache, da sie seine Improvisationslust und sein launisches Taktieren zu sehr einschränken. Planmäßiges und systematisches Vorgehen ist eher die Art und Weise, wie Rosario Murillo politisches Handeln versteht. Ortega lebt in der Vergangenheit, Murillo in der Zukunft. Und der Unterschied ist deutlich vernehmbar. Dinge in der Regierung, die strategisch und organisatorisch funktionieren, schreiben Kenner und die Bevölkerung Rosario Murillo zu, das Chaos in der Regierung eher Daniel Ortega. Die andere Seite der Medaille ist allerdings für Rosario Murillo wenig schmeichelhaft: wenn Daniel Ortega bei öffentlichen Auftritten eine schlechte Figur macht, was oft vorkommt, machen die Anhänger Ortegas, die ihn mystifizieren und vergöttern, sie und ihre vermeintlichen Hexereien dafür verantwortlich.

Woher kommt die ungewöhnliche Macht von Rosario Murillo, die faktisch die Funktion einer mächtigen Ministerpräsidentin wahrnimmt? Was erklärt ihren Aufstieg an die Spitze der FSLN und der Regierung? Darüber zirkulieren viele Gerüchte und Vermutungen, allerdings sehr fundierte und plausible. Sie ist kein „historisches“ Mitglied der FSLN, also kein Mitglied, das die Partei im Untergrund aufgebaut und sich aktiv an dem Kampf gegen die Somoza-Dynastie beteiligt hat. In dem Aufstand gegen Somoza hat sie keine nennenswerte Rolle gespielt, die meiste Zeit verbrachte sie im Ausland. Auch in der Revolutionsregierung hatte sie keine substantielle politische Funktion inne. Sie weist also keine der wesentlichen sandinistischen Weihen auf, die notwendig sind, um der ersten Nomenklatura angehören und eine wichtige politische Funktion in Partei und Regierung ausüben zu dürfen. Ihr Aufstieg und ihre heutige Beziehung zu Daniel Ortega, die Abhängigkeit Ortegas von ihr, scheinen das Ergebnis einer familiären Tragödie zu sein. 1998 hat nämlich Zoilamérica Narváez, Tochter von Rosario Murillo und Stieftochter von Daniel Ortega, ihn vor dem Zentralamerikanischen Gerichtshof angeklagt, sie seit ihrer Kindheit sexuell missbraucht zu haben. Die Anklage hätte für Ortega das Ende seiner politischen Karriere bedeutet, wenn Rosario Murillo ihrer Tochter zur Seite gestanden hätte. Doch sie tat genau das Gegenteil: sie nahm, mehr oder weniger als einzige, Daniel Ortega vehement und öffentlich in Schutz. Ist die fünfzig prozentige Teilhabe an der Macht die Belohnung dafür, dass sie sich gegen ihre Tochter entschied? Ihre Macht innerhalb der FSLN hat Rosario Murillo für eine durchgreifende Transformation der Partei benutzt. Ihre Kritiker werfen ihr vor, die FSLN in einen religiösen und esoterischen Wahlverein verwandeln zu haben, der alle seine Veranstaltungen, seine Parteitage eingeschlossen, mit dem Segen Gottes und des Heiligen Geistes beginnen lässt, selbstverständlich vom zum *Orteguismo* mutierten legendären Kardinal Miguel Obando y Bravo vorgetragen.

Auf der dritten Hierarchiestufe der FSLN tummeln sich zahlreiche, wichtige und weniger wichtige Führungspersonen. Zu den wichtigen gehören nicht die Minister und Staatssekretäre, sondern die engen Vertrauten des Präsidentenehepaars, die an strategischen Stellen in dem Staat, der Partei und der „Parallelwirtschaft“ die privaten Geschäfte der Familie Ortega-Murillo und der Partei verwalten und dafür sorgen, dass Ortega sein Hauptziel, seine Perpetuierung an der Macht, durchsetzt. Es sind die so genannten „Operateure“ der FSLN. Zu ihnen gehören vor allem Rafael Solís, Richter am Obersten Gerichtshof und hauptberuflich Verfassungs- und Rechtsverdreher im Dienste Ortegas; Nelson Artola, Präsident des Sozialen Investitionsfonds (*Fondo de Inversión Social de Emergencia*, FISE) und hauptberuflich Agitator der FSLN sowie Einkäufer von oppositionellen Bürgermeistern im Auftrag von Ortega und Murillo; Erwin Castro, Chef der FSLN-Fraktion und politischer Strippenzieher der Partei im Parlament; Lenin Cerna, ehemaliger Chef des Geheimdienstes der Revolutionsregierung der 1980er Jahren, langjähriger Organisationschef der FSLN und Schlichter politischer Konflikte innerhalb der FSLN sowie zwischen Regierung und FSLN-nahestehenden Interessengruppen; Néstor Moncada, der mächtige Privatsekretär Ortegas und Aufseher wichtiger staatlicher Institutionen wie der Polizei, des Militärs, der Steuer- und Zollbehörde; Bayardo Arce, Wirtschaftsberater von Präsident Ortega und Unternehmer der „sandinistischen Generation“; sowie Francisco López, der mächtige Schatzmeister der FSLN und hauptberuflich Koordinator des vielfältigen Geschäftsgebarens der Familie Ortega-Murillo. Neben, besser gesagt: unterhalb Rosario Murillo gilt Orlando Nuñez als Chefideologe der Regierung Ortega und der FSLN. Er ist ein Ortega nahestehender Soziologe, Leiter des Forschungsinstituts CIPRESS und Führungsmitglied der von der FSLN kontrollierten zivilgesellschaftlichen Organisation „*Coordinadora Social*“. Er firmiert als Erfinder des Programms „Null Hunger“, das Flaggschiff-Programm der Regierung Ortega. In den ersten Monaten der Regierung wurde er mit der Leitung des Programms und seiner Koordinierungsstelle betraut. Kurze Zeit danach wurde er zum „Präsidentenberater“ degradiert, angeblich wegen Meinungsverschiedenheiten mit der mächtigen Gattin Ortegas. Seine Rolle als Chefideologe scheint Nuñez dennoch beibehalten zu haben, wobei er seine Funktion, ganz im Sinne von Ortega, weniger darin sieht, der Regierungsarbeit eine strategische Perspektive zu geben, sondern vielmehr darin, ihr einen ideologischen Überbau zu verschaffen, um ihr widersprüchliches politisches Handeln gegenüber ihren treuen Anhängern zu rechtfertigen.

Dem Präsidentenehepaar nahezustehen, sein Vertrauen zu genießen und sein Mann für alle Fälle zu sein, schützt aber nicht davor, in Ungnade zu geraten. Das musste Lenin Cerna am eigenen Leib erfahren. Mitte Mai 2011 geschah etwas bis dahin Udenkbares: Ortega und Murillo setzten ihn als Organisationschef der

FSLN ab und Ortega selbst übernahm diese Funktion. Die Entscheidung teilte Rosario Murillo höchst persönlich mit. Mit Lenin Cerna mussten auch seine Getreuen in der Partei, in der Regel lokale Organisationschefs der FSLN, gehen, so dass diese Entscheidung ganze Strukturen in der Partei ausschaltete. Die Gründe für die Absetzung hat die Öffentlichkeit nie erfahren. Gut informierte Analysten gehen aber davon aus, dass Lenin Cerna dem Präsidentenehepaar zu mächtig geworden war. Ihn ereilte das gleiche Schicksal vieler Genossen vor ihm, die sich zu sehr aus der Deckung wagten, lebenslangen Freundschaften und Loyalitäten zum Trotz. Er soll auch an den ständigen Machtkämpfen mit Néstor Moncada gescheitert sein, der die Verstrickung von Lenin Cerna in Korruptionsaffären bei der Steuerbehörde nutzte, um ihn loszuwerden. Andere Beobachter sehen Rosario Murillo als diejenige, die ihn abserviert hat. Sie habe damit eine offene Rechnung mit Lenin Cerna beglichen, da dieser, zusammen mit Rafael Solís, die Hindernisse für eine weitere Präsidentschaftskandidatur von Ortega formal aus dem Weg räumte und damit die Ambitionen von Rosario Murillo durchkreuzte. Für diese These spricht die Tatsache, dass sie den Brief an die politischen Funktionäre der Partei unterschrieb, in dem sie die Absetzung von Lenin Cerna bekannt gab. Außerdem hatte sie ursprünglich angekündigt, dass sie die Nachfolge von Lenin Cerna als Organisationschef der FSLN antreten werde, ein Ansinnen, das die Gefolgsleuten von Ortega gerade noch rechtzeitig verhindern konnten.

2.3 Gottesbeistand durch den Friedenskardinal

Die Rückkehr von Daniel Ortega und der FSLN an die Regierungsmacht ist auch das Ergebnis einer effektiven, manche sagen: opportunistischen Allianzstrategie. Ortega und Murillo haben geschickt verstanden, sich mit alten Erzfeinden zu versöhnen und diese öffentlichkeitswirksam für ihr Projekt, die Rückkehr an die Macht, zu gewinnen (s. auch Abschn.: *„Religion und Opportunismus statt Politik“*): Ehemalige Contras und Somoza-Mitläufer, die mit Hilfe der USA Krieg gegen die sandinistische Revolutionsregierung geführt hatten, indigene Führer aus der Atlantikregion, die Ortega wegen Genozid angeklagt hatten, um nur einige zu erwähnen. Am spektakulärsten war aber die Versöhnung mit dem legendären Kardinal Miguel Obando y Bravo. In den letzten Jahren der Somoza-Diktatur war er ein scharfer Kritiker der Menschenrechtsverletzungen durch das Regime und rechtfertigte sogar den bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur. In den 1980er Jahren verwandelte er sich dann in einen erbitterten Gegner der sandinistischen Revolutionsregierung; er bekämpfte vehement den „gottlosen Kommunismus“ und die „Volkskirche“, die damalige sandinistische Version der Befreiungstheologie, prangerte die Menschen-

rechtsverletzungen durch die sandinistische Revolutionsregierung an und ersuchte höchstpersönlich und leibhaftig die US-Regierung, den *Contras* in dem Krieg gegen die Sandinisten mit Waffen unter die Arme zu greifen, was die Sandinisten mit repressiven Maßnahmen gegen den streitbaren Kardinal beantworteten. Parallel dazu engagierte er sich für die Beendigung des Bürgerkrieges, indem er als Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission zwischen 1987 und 1989 die Friedensgespräche zwischen den *Contras* und der FSLN begleitete. Am 17. Oktober 1996 brachte der Kardinal Ortega und die FSLN erneut in Wallung: drei Tage vor den Präsidentschaftswahlen, aus der Arnoldo Alemán als Sieger hervorgegangen ist, erteilte er in einer Messe Alemán und seinem Vizepräsidentenskandidaten den Segen. Außerdem erläuterte er in seiner Ansprache die Parabel der Schlange. In einer klaren Anspielung an Daniel Ortega erzählte er, wie ein gütiger Mann dem Flehen einer frierenden Schlange, die er am Wegesrand fand, nachgab; er nahm sie unter sein Hemd an die Brust, um sie aufzuwärmen, alle Warnungen seines Begleiters überhörend, der ihn auf den verräterischen Charakter der Schlangen hinwies. Die Schlange blieb sich dann ihrem Ruf treu, erwiderte weder das Vertrauen noch die Güte des Mannes und biss ihn tödlich. Die Botschaft des Kardinals war klar: Daniel Ortega sei wie eine Schlange und die Nicaraguaner sollten ihm nicht vertrauen.

Am 19. Juli 2004 trauten viele Nicaraguaner ihre Augen und Ohren nicht, als der Kardinal eine Messe zur Ehre des 25. Jubiläums der sandinistischen Revolution zelebrierte. Und noch viel weniger, als Ortega und der Kardinal während des Wahlkampfes 2006 ihre unumstößliche Versöhnung bekannt gaben. Was für eine Metamorphose!. Fortan wurde der Kardinal eine wirksame Stütze von Ortegas Wahlkampf und sein persönlicher Seelsorger, er pilgerte durch das Land, um die Botschaft der wundersamen Versöhnung zu verbreiten. Im Februar 2007 hat Daniel Ortega den Kardinal angefleht, den Vorsitz des Rats für Versöhnung und Frieden (*„Consejo de Reconciliación y Paz“*) zu übernehmen; eine neue Organisation, die Ortega, wie Kritiker vermuten, nur deswegen geschaffen hat, damit der Kardinal eine öffentlichkeitswirksame Funktion in seiner Regierung ausüben konnte. Die Bitte Ortegas, der der Kardinal zu folgen bereit war, spaltete die Führung der katholischen Kirche. Zahlreiche Mitglieder der Bischofskonferenz Nicaraguas äußerten ihren Unmut öffentlich. Um die Gemüter zu beruhigen schrieb Ortega einen Brief an Papst Benedikt XVI und der Kardinal Obando y Bravo fuhr höchst persönlich nach Rom, um dem Papst in einer Privataudienz seine Sicht der Dinge vorzutragen. Der Papst stimmte nicht zu, lehnte aber auch nicht ab. Damit hatten Daniel Ortega und der Kardinal ihr Ziel erreicht und Ortega erleichterte ihm die Entscheidung, indem er den „Rat“ in „Kommission“ umtaufte, um irgendeine Assoziation mit den berühmt berüchtigten Bürgermachträten zu vermeiden. Seit seiner Amtsübernahme reist der Kardinal durchs Land, verteilt Blechdächer und Eigentumstitel, preist die Wohltaten der Regierung

Ortega-Murillo als „Gottesgaben“ und erteilt dem Präsidentenehepaar in nahezu jeder Veranstaltung den Gottessegen. Und auch während des Wahlkampfes 2011 zog er unermüdlich von Ort zu Ort, um die klientelistische Politik der Regierung Ortega-Murillo öffentlich zu unterstützen und zu legitimieren.

Über die Gründe der wundersamen Wandlung des Friedenskardinals vom erbitterten Gegner zum lebenden Zeugen der Gottesbekehrung des Daniel Ortega ist viel spekuliert worden, klar geworden sind sie aber bislang nicht. Viele Kommentatoren führen die Umwandlung des Kardinals auf Vorkommnisse zurück, die die katholische Kirche, und insbesondere den Kardinal, mit der Korruption während der Regierung Alemán in Verbindung bringen. Zur damaligen Zeit war Obando y Bravo Leiter einer gemeinnützigen Organisation der Erzdiözese Managua, die unter dem Namen COPROSA („*Comisión de Promoción Social*“) bekannt war. Sie wurde unter anderem beschuldigt, für die Gefolgsleute des Kardinals Luxusautos in großer Zahl steuerfrei eingeführt zu haben. Auch von persönlichen Vorteilsnahmen durch den Kardinal und seine Nahestehenden in der Katholischen Universität UNICA war die Rede, dessen damaliger Vizerektor Roberto Rivas war – ein unrühmlicher Politiker, der in den nächsten Kapiteln des öfteren vorkommen wird. Der Rechnungshof hat „Schuldvermutung“ attestiert und eine Untersuchung eingeleitet, dann trat aber Daniel Ortega auf den Plan: er wies seine Entsandten in dem Rechnungshof an, das Verfahren gegen den Kardinal und seine Organisation fallen zu lassen und die Schuldvermutung zurückzunehmen. Seitdem zeigt sich der Kardinal gegenüber Ortega und Murillo überaus dankbar. Seine Dankbarkeit ging so weit, dass er die zum Katholizismus konvertierten Ortega und Murillo zum Ehepaar traute, und zwar in einer Zeremonie, die in der Parteizentrale stattfand und von den Fernseh- und Radiosendern der FSLN ausgiebig übertragen wurde – als handele es sich um eine offizielle Parteiaktivität. Im Gegenzug wiesen Ortega und Murillo die Abgeordneten der FSLN an, dem bereits erwähnten radikalen Anti-Abtreibungsgesetz im Parlament zuzustimmen. Sie nahmen auch den Kardinal gegen Korruptionsvorwürfe öffentlich in Schutz und ließen überall im Lande Plakate aufkleben und Werbung ausstrahlen mit dem Motto: „Obando: Prinz der Versöhnung, die FSLN unterstützt Dich“. In einem Portrait der katholischen Kirche Nicaraguas, die der katholische Priester Rafael Aragón in *Envío* vom Mai 2009 veröffentlichte, führt er die Umwandlung des Kardinals auch auf seine „komplexe und schwierige Persönlichkeit“ zurück. Er suche „Ruhm und Prestige, die sich aus dem kirchlichen Amt ergeben, das er bekleidet“. Die Spekulationen um die Beziehung zwischen Ortega und Obando y Bravo gehen aber noch weiter. Da der mächtige und Ortega-hörige Präsident des Obersten Wahlrates, Roberto Rivas, ein Schützling des Friedenskardinals ist und auf sein Ersuchen in diese Position kam, vermuten viele Nicaraguaner, dass der Schlüssel für die Erklärung dieser Metamorphose just

in dieser Beziehung liegt. Sie würde den Kardinal erpressbar machen und Ortega ausliefern. Um die Beziehung zwischen dem Kardinal und Roberto Rivas ranken sich viele Verschwörungstheorien. Irgendwie scheint es so zu sein, dass die extrem katholische und gottesgläubige nicaraguanische Gesellschaft ein Geheimnis über den Kardinal hütet und aus Angst vor Gotteslästerung nicht preisgibt, und wenn ja, nur in Form geflüsterter Witze.

2.4 Eine Opposition wie von Ortega bestellt

Wenn sie an die Opposition denken, klopfen sich Daniel Ortega, Rosario Murillo und die FSLN-Nomenklatura mit Sicherheit gegenseitig auf die Schulter und lachen genüsslich. Die für sie maßgeschneiderte liberal-konservative Opposition ist ihrem trickreichen und skrupellosen Regierungsstil nicht gewachsen und leistet diesem, freiwillig oder unfreiwillig, wertvolle Unterstützung. Ein Teil der liberal-konservativen Opposition zeigt ein schreckliches Maß an politischer Naivität und Inkompetenz und tappt in jede Falle, die ihr Ortega und Murillo, aber auch ihre „politischen Freunde“ selbst stellen. Der andere Teil spielt der FSLN aus Macht- und Geldgier, aus Servilität und Opportunismus, in die Hände. Sie als Ganzes ist dabei, die Mehrheit, die sie eigentlich in der Bevölkerung hat, unwiderruflich zu verspielen. Der Opportunismus und die Servilität von Oppositionspolitikern Nicaraguas, welche nahezu jede Sünde an Demokratie und Rechtsstaat mittragen und fördern, wenn es darum geht, Wünsche der *Caudillos* zu erfüllen, eigene Privilegien zu verteidigen oder populistische Wohltaten zu verteilen, und dafür auch bereit sind, ihre Stimme im Parlament an den Meistbietenden zu verkaufen, machen es der Regierung Ortega-Murillo leicht, die politische und rechtliche Ordnung für ihre Zwecke zu manipulieren, auch mit der Folge, dass sie das fehlende Demokratie- und Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung verstärken. Der Opportunismus und der Servilismus von Oppositionspolitikern sind der Nährboden, den die Regierung Ortega-Murillo braucht, um ihr politisches Projekt durchzusetzen. Sie sind aber auch der Nährboden, der die einzig verlässliche Institution des Landes alimentiert: den traditionellen *Caudillismo*. Die liberal-konservative Opposition, die seit dem Amtsantritt Ortegas mehrere gescheiterte Versuche hinter sich gebracht hat, einen gemeinsamen „Block gegen die Diktatur“ zu bilden, ist ein breites Sammelsurium aufrichtiger Demokraten, naiver Technokraten, korrupter Politiker und Verehrer des früheren chilenischen Diktators Augusto Pinochet – ein führender Oppositionspolitiker prahlt nämlich öffentlich damit, ein Porträt des Diktators auf seinem Schreibtisch stehen zu haben. Jeder von ihnen will, meist aus Naivität oder grenzenloser Selbstüberschätzung, *Caudillo* werden und glaubt sich am Ziel

seiner Träume angekommen, wenn drei unbedeutende Mitstreiter ihn öffentlich als Präsidentschaftskandidaten ins Gespräch bringen.

Das kontroverseste Produkt und die leibhaftigste Vertretung dieser *Caudillo*-Kultur ist Arnoldo Alemán, mal Mitspieler, mal Gegenspieler Ortegas. Die Wurzel seiner Partei, der *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC), reichen bis in die Somoza-Ära zurück. Sie entstand durch eine Abspaltung aus Somozas *Partido Liberal Nacionalista* (PLN). Während der sandinistischen Revolutionsregierung gehörte die PLC der *Coordinadora* an, einer Allianz rechtsgerichteter Parteien, die gegen die Revolutionsregierung opponierte. Nach der Auflösung der PLN 1983 wurde die PLC zum Auffangbecken für exilierte Anhänger Somozas, die in der neuen politischen Heimat das Erbe des Diktators pflegten. In der spät-sandinistischen Revolutionszeit war Alemán ein Politiker der ersten Stunde, aber der zweiten Reihe. 1989 schloss sich die PLC dem aus vierzehn Parteien bestehenden Mitterrechtsbündnis an, das Doña Violeta 1990 an die Macht brachte, ohne allerdings eine besonders herausragende Rolle darin gespielt zu haben. Nach dem Wahlsieg von Doña Violeta 1990 wurde er zum Bürgermeister von Managua gewählt und instrumentalisierte erfolgreich das Rathaus, um sich als Führer der radikalen anti-sandinistischen Kräfte zu profilieren, oft zum Schaden der Regierung von Doña Violeta, und als Plattform für seine Präsidentschaftskandidatur. Wessen Geistes Kind er ist, zeigte sein Versuch 1991, eine eigene private Polizei zu organisieren, die er „Munizipalinspektoren“ („*inspectores municipales*“) taufte und die mit dem AMROCS, einer paramilitärische Streitkraft aus der Somoza-Ära, eng vernetzt war. Als Daniel Ortega drohte, für jedes Mitglied der Polizei Alemán zehn sandinistische Milizionäre in Bereitschaft zu setzen, ließ er sein Projekt fallen. Als Bürgermeister erwarb er sich den Ruf eines aktiven Politikers, der dezidiert anpackt. In seinem Buch „*Los años de Doña Violeta*“ erzählt David Close, dass Alemán sich den Ruf als „Macher“ vor allem mit seinem Programm zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Managuas erwarb, also mit der Asphaltierung von Straßen, der Erleichterung von Verkehrsengpässen und der Aufstellung von Verkehrsschildern, einschließlich solchen, die die Verkehrsteilnehmern deutlich darauf hinwiesen, dass für die nicht reparierten Straßenabschnitte das Verkehrsministerium und nicht das Rathaus verantwortlich sei. Mit der Schaffung der *Juntas Comunitarias de Obras de Progreso* (JCOP) hat auch er die Bürgerbeteiligung parteipolitisch instrumentalisiert und inszeniert. Formal gesehen waren die JCOP Partizipationsmechanismen, in denen sich die Bevölkerung freiwillig organisieren sollte, um den Bedarf an kommunalen Investitionsvorhaben zu ermitteln, dem Kommunalrat Projektvorschläge zu unterbreiten und die Durchführung der Projekte zu kontrollieren. Der Kommunalrat war verpflichtet, die Vorschläge aufzugreifen und in den Investitionshaushalt zu inkorporieren. Auch wenn die JCOP eine bemerkenswerte Arbeit in der Mobili-

sierung der Bevölkerung um die Lösung lokaler Probleme geleistet haben, setzten sie sich in der Praxis mehrheitlich aus Anhängern der PLC zusammen und wurden von Funktionären dieser Partei kontrolliert. Die JCOP führten auch kommunale Projekte durch, die kubanisch/nicaraguanisch/us-amerikanische Stiftungen mit Sitz in Miami finanzierten und das Ziel verfolgten, den Präsidentschaftswahlkampf der PLC 1996 zu unterstützen. Einige internationale Geber, allen voran USAID, haben die JCOP mit Ausbildung und Materialausstattung unterstützt. Die Wiederauferstehung der PLC 1995 und 1996 – buchstäblich wie Phönix aus der Asche – erklärt sich zum großen Teil aus der erfolgreichen Basisarbeit, die der PLC durch die JCOP verrichtete. Sein Ruf als Macher, kombiniert mit seiner blumigen Sprache, seiner kumpelhaften Art und seiner korpulenten Präsenz, machten Alemán zur idealen Verkörperung des nicaraguanischen *Caudillo*; jemanden, wie David Close in „*Los años de Doña Violeta*“ schreibt, „der auf die Erwartungen seiner Anhänger achten und das Land aufrichten würde“, mehr oder weniger im Alleingang. Als Bürgermeister testete er ausgiebig die Belastbarkeit der Gesetze und der staatlichen Kontrollorgane und überstand unbeschadet zahlreiche Korruptionsaffären und politische Skandale. Im Gegenteil, in jener Zeit konnte er sich mit den veruntreuten Stadtgeldern die Loyalität zahlreicher Gefolgsleute erkaufen, die wichtige Stütze seiner politischen Karriere werden sollten.

Als Staatspräsident (1997–2001) bestätigte Alemán alle Vorurteile, die ihm vorausseilten. Er gerierte sich wieder als „Macher“, missachtete oft formale Verfahren sowie *checks and balances*, öffnete der Korruption Tür und Tor, manipulierte staatliche Institutionen, um persönliche Machtinteressen zu sichern, versuchte, die Betätigung unliebsamer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erschweren und die regierungskritische Presse einzuschüchtern. Die Korruption in seiner Regierung war derart massiv, und von ihm persönlich veranlasst und gesteuert, dass sein Nachfolger im Amt, Enrique Bolaños, obwohl er ohne die Zustimmung von Alemán niemals Präsidentschaftskandidat der PLC geworden wäre, seinen Mentor öffentlich der Korruption bezichtigte und den Fall der Justiz übergab. Damit begann eines der lehrreichsten Kapitel dafür, wie machtpolitische Interessen von *Caudillos* das Justizsystem instrumentalisieren können und wie ein *Caudillo* zu einer gefangenen Marionette des anderen werden kann. Wenn es für Ortega opportun war, hat das Justizsystem Nicaraguas Alemán mal zu 20 Jahren Haft verurteilt, mal Hafterleichterung in Form von Hausarrest oder in Form von Landesarrest – d. h., er dürfte sich im ganzen Land völlig frei bewegen – gewährt und schließlich in einer Art Verfassungscoup von jeglicher Schuld freigesprochen. Obwohl Arnoldo Alemán nach seiner Präsidentschaft lediglich Honorarpräsident der PLC war, kontrollierte er diese Partei nach bester Gutsherrenmanier und während der Regierung Ortega-Murillo war er eine der entscheidenden Figuren der liberal-konservativen

Opposition. Ohne den „Faktor Alemán“, wie die Sonntagsbeilage von *La Prensa* am 27. Oktober 2007 titelte, lief in der PLC nichts und in der nicaraguanischen Politik wenig. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 spielte er allerdings eine zwielichtige Rolle. Die USA und einige europäische Länder haben versucht, ihn dazu zu bewegen, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und die Parteimaschinerie der PLC in den Dienst von Eduardo Montealegre zu stellen. Vergeblich, die Sturheit Alemáns und die Loyalität seiner Gefolgsleute waren stärker. Dass Robert Zoellick, damals Handelsminister der USA und später Präsident der Weltbank, ihn bei einem Besuch in Managua einen „Kriminellen“ nannte und mit seiner Verfolgung in den USA und weltweit drohte, bestärkte Alemáns Sturheit. Er rief regelmäßig Pressekonferenzen in seinem Haus ein, um der Öffentlichkeit vorzugaukeln, dass er den Wahlkampf seiner Partei kontrollierte, ungeachtet davon, dass er dadurch deren Wahlchancen schwächte. Am Wahltag hat er, nach Informationen von Parteiinsidern, den Sieg von Ortega regelrecht „herbeigerufen“, indem er früh am Tag seine Partei dazu aufrief, die eigene Parallelzählung („*conteo paralelo*“) zu beginnen und José Rizo, seinen eigenen Präsidentschaftskandidaten, dazu aufforderte, die Verantwortung für die Wahlniederlage zu übernehmen, und zwar als erst ein Bruchteil der Wählerstimmen gezählt waren. Woher kommen aber die politische Macht und die politische Überlebensfähigkeit des Arnaldo Alemán, eines Politikers, der sich in jedem anderen, halbwegs normalen Land schon längst ins politische Abseits katapultiert hätte? „Einer ist so viel wert wie die Summe seiner Freunde“, sagt er oft in seinen eigenen Radio- und Fernsehprogrammen. Und darin liegt wohl das Geheimnis seiner Macht. Als Bürgermeister und Staatspräsident hat er mit den veruntreuten Staatsgeldern „Freundschaften“ gekauft und durch Mitwisserschaft sich Loyalitäten gesichert. Jahrzehnte lang balancierte er das Boot, in dem er und seine Getreuen auf hoher See navigierten, wie eine Zeitungskarikatur porträtierte. Hätten seine Getreuen gewagt, ihn vom Bord zu werfen, wäre das Boot ins Schwanken geraten und gesunken, samt seiner gesamten Besatzung. Ende 2009 machte Alemán seine Ambitionen auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur bei den Wahlen von 2011 publik und seine ergebenen Getreuen beeilten sich, diese „Entscheidung für Nicaragua“ zu begrüßen. Seine Kritiker, die ihn vorhielten, dass er „verbraucht“, „diskreditiert“ und für die Bevölkerung ein „Korruptionssymbol“ sei, entgegnete er mit dem verräterischen Argument, dass die Liberalen, wenn sie wieder vereint antreten, „mit jedem Kandidat gewinnen“ würden. Es komme nicht auf den Kandidaten an, sondern auf die Einheit des Liberalismus. Könnte der nicaraguanischen Demokratie Schlimmeres drohen als ein Duell zwischen Daniel Ortega und Arnaldo Alemán um das höchste Amt, den beiden *Caudillos*, die seit mehr als zwei Jahrzehnten dem Land und seinen Menschen jeden politischen Fortschritt verweigern? Wohl kaum. Und weil das für Teile der politischen Opposition

nicht akzeptabel war und Alemán nicht bereit war, auf seine politischen Ambitionen zu verzichten, bestritt die Opposition erneut gespalten den Präsidentschaftswahlkampf, in der trügerischen Hoffnung, dass die Wähler weise genug seien, die Einheit der Opposition in den Urnen zu erzwingen. Eine krasse Fehleinschätzung, wie es sich gezeigt hat (s. Abschn.: „Präsidentschaftswahlen 2011: Die vollständige Kernschmelze des Wahlsystems“). Die vom Obersten Wahlrat verkündeten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von November 2011 haben für Alemán einen wichtigen Kollateraleffekt: sie sind imstande, die politische Karriere des *Caudillo* zu beenden. Er hat zu wenig Stimmen eingefahren, um die persönlichen Interessen seiner politischen Mitstreiter absichern zu können. Als *Caudillo* hat er damit weitestgehend ausgedient, es sei denn, dass seine gekauften Loyalitäten so stark sind, dass sie ihn auch durch diesen Tsunami tragen.

Wichtigster Gegenspieler Alemáns innerhalb des liberal-konservativen Lagers ist Eduardo Montealegre. Er gehört einer alten, wohlhabenden Bankerfamilie an, war Außenminister unter Arnoldo Alemán sowie Finanzminister und Chef des Präsidentschaftsamtes unter Enrique Bolaños und von den Anhängern der „Neuen Ära“, des politischen Projekts der Regierung Bolaños, dazu auserkoren, deren Erbe anzutreten. In der Tradition der „Neuen Ära“ erklärte er den Pakt zwischen Ortega und Alemán den Kampf an, brach mit Alemán und der PLC, nachdem diese sich weigerten, ihn 2006 zum Präsidentschaftskandidaten des liberal-konservativen Lagers auszurufen, und schloss sich einer neuen liberalen Partei, der *Alianza Liberal Nicaragüense* (ALN), an, mit der er gegen Daniel Ortega und José Rizo, den Kandidaten der PLC, bei den Präsidentschaftswahlen 2006 antrat. Er galt als der Kandidat des nationalen und zentralamerikanischen Großkapitals sowie der USA. Lange Zeit hat sich Eduardo Montealegre als Alemáns Widersacher im liberal-konservativen Lager in Szene gesetzt. Und das mit starken Worten. Die Frage nach der Macht des PLC-*Caudillo* beantwortete er gegenüber der Sonntagsbeilage von *La Prensa* am 27. Oktober 2007 mit der Zahl 25: „Das Gewicht oder die Macht von Arnoldo Alemán hängt meines Erachtens von 25 Personen ab, es sind acht Oberste Richter im Obersten Gerichtshof, fünf im Obersten Wahlrat, drei Rechnungsprüfer und einige Richter in den Berufungstribunalen“, eine Anspielung auf die Entsandten Alemáns in diesen Institutionen als Folge seines Pakts mit Ortega. Dazu müsse man die 25 Abgeordneten der PLC zählen, die Alemán für seine persönlichen Zwecke beliebig einsetze. Montealegre wies aber auch auf eine weitere Quelle für die Macht von Alemán hin: seine Symbiose mit Daniel Ortega. „Wenn er Ortega nichts zu geben hätte – höhnte er – hätte er nicht allzu viel Relevanz“. Montealegre ist zweifelsohne ein glaubwürdiger Demokrat, verkörpert aber viele „Tugenden“ von Bolaños Projekt der „Neuen Ära“: er ist ein aufrichtiger Technokrat, politisch naiv, sozial wenig sensibel, emotional gebremst und distanziert und unfähig, mit den einfachen Volk irgendeine emotionale

Beziehung aufzubauen, er wirkt arrogant und elitär, wenig kommunikativ und unnahbar. Sein Traum ist Präsident Nicaraguas zu werden und er wäre vermutlich kein schlechter, aber auch kein überragender Präsident. Diesen Traum wird er sich aber kaum erfüllen können, weil es ihm am unbedingten Willen zur Macht mangelt, ihm fehlen die empfindliche Spürnase und das untrügerische Bauchgefühl eines geborenen Politikers. Diese Negativmerkmale und sein chronisches Zaudern haben ihn im September 2010 dazu bewogen, als potenzieller Präsidentschaftskandidat eines Teils des liberal-konservativen Lagers zurückzutreten und Fabio Gadea, einen bis dahin unvermuteten Präsidentschaftsbewerber, als oppositionellen Einheitskandidaten auszurufen und bedingungslos zu unterstützen. Ein geschickter Schachzug, um Alemán unter Druck zu setzen, als Bewerber um den Präsidentenstuhl ebenfalls zurückzutreten, wie seine Anhänger sagen? Oder eher ein weiterer Beweis seines Zauderns, weil er nicht gewagt hat, Arnoldo Alemán die Präsidentschaftskandidatur der Opposition mit offenem Visier streitig zu machen, wie seine Kritiker vermuten? Christian Lüth, ehemaliger Projektleiter der Friedrich Naumann Stiftung in Zentralamerika und in dieser Eigenschaft vertrauter Gesprächspartner von Eduardo Montealegre, kann aus eigener Erfahrung bezeugen, dass Montealegre sich mit Alemán auf einen dritten, vereinenden liberal-konservativen Kandidaten schriftlich geeignet hatte; als er dann seinen Verzicht auf die Kandidatur öffentlich machte und Gadea vorschlug, ließ Alemán verlauten, so Lüth, dass er nie auf die eigene Kandidatur verzichtet habe und auch Gadea als gemeinsamen Kandidaten nicht anerkenne. Das Tragische für Montealegre war nun, dass er vom Rückzug nicht mehr zurücktreten konnte, ohne sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Er war mal wieder der Taktiererei Alemáns nicht gewachsen und hat den Präsidentschaftswahlkampf aus der zweiten Reihe bestreiten müssen, hinter Fabio Gadea und Edmundo Jarquín, den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten der liberal-sozialen Allianz, die als oppositionelle Alternative zu der PLC ins Rennen ging.

Irgendwie hat man den Eindruck, dass ihm nur ein Magier mit einem Zauberstock helfen kann, auf den Präsidentenstuhl zu steigen, ohne durch die tiefen Täler der nicaraguanischen Politik wandern zu müssen. Diesen tiefen Tälern ist er nicht gewachsen. Seine politische Naivität und sein politisches Ungeschick bringen ihn dazu, kaum ein politisches Fettnäpfchen auszulassen. Er hat Ortega öffentlich zu seinem Wahlsieg im November 2006 gratuliert, obwohl acht Prozent der Stimmen, die für einen zweiten Wahlgang ausschlaggebend hätten sein können, noch gar nicht ausgezählt waren; er ließ zu, dass auf seiner Parteiliste Abgeordnete gewählt wurden, die ihn dann, wenig überraschend, fallen ließen und mit Ortega kooperierten; er reiste im Juli 2009 nach Honduras, um sich mit dem Putschisten, Roberto Micheletti, zu treffen, just zu dem Zeitpunkt, als die ganze internationale Gemeinschaft, nicht nur Chávez und Ortega, den Staatsstreich in Honduras ver-

urteilte und sich weigerte, die Putschisten anzuerkennen; er rief die Demonstranten einer Massenkundgebung der Zivilgesellschaft und der Opposition dazu auf, die Gewalt der Sandinisten mit Gegengewalt zu beantworten, just zu dem Zeitpunkt als Ortega und Murillo ihre Strategie änderten und den Sandinisten eine Kampagne für Liebe und Aussöhnung verordneten; er sah hilflos zu, wie Alemán seine erneute Präsidentschaftskandidatur inszenierte und unverrückbare Fakten schuf, während er stur wiederholte, dass über Kandidaten „später zu sprechen sein wird“; er traf sich im April 2010 heimlich mit Daniel Ortega, just zu einem Zeitpunkt, als Gerüchte über ein erneutes Kapitel des Pakts Ortega-Alemán zur Wahl hoher staatlicher Amtsträger die Runde machten. Irgendwie schafft Montealegre es, immer alleine im Regen zu stehen, ein bisschen Mitleid und immer Kopfschütteln erzeugend, und er scheint stets auf der Suche nach einer Partei zu sein, die ihn ins Präsidentenamt trägt. Sein Hauptziel, sich von der Umklammerung Alemáns zu befreien, hat er kläglich verfehlt. Und den Trickereien und der Skrupellosigkeit Alemáns war er ohnehin nie gewachsen. Er hat auch einen weiteren wunden Punkt: seine angebliche Verstrickung in die Bankenliquidierungen der Jahre 2001 und 2003 (s. Abschn.: *„Das Festmahl der Banker“*), damals als Finanzminister, bei denen nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein soll. Kritiker werfen ihm vor, dass er überhöhten Zahlungen an die an der Rettung bankrotter Banken beteiligten Finanzinstitute zustimmte und dass eine Bank, an der Montealegre als Aktionär beteiligt war, besonders von den staatlichen Maßnahmen zur Rettung des Bankensektors profitiert habe. Unabhängig davon, ob er sich tatsächlich die Finger schmutzig gemacht hat, dafür gibt es bis heute keine stichhaltigen Beweise, ist er politisch erpressbar, was sowohl Ortega als auch Alemán geschickt ausnutzen, zumal Ortega und seine Medien nicht müde werden, ihn als den größten Räuber in der Geschichte Nicaraguas öffentlich anzuprangern.

2.5 Die aufrichtigen Sandinisten

Für den Weg, den die FSLN nach der Wahlniederlage von 1990 eingeschlagen hat, den Weg der *Piñata*, der Verteidigung von Partikularinteressen und der Pakte mit Arnoldo Alemán und den „Erben des *Somozismo*“, hat er einen hohen politischen und menschlichen Preis bezahlt. Viele Menschen weltweit, die sich mit dem Kampf der FSLN gegen die Somoza-Dynastie und die US-amerikanische Intervention solidarisierten, weil sie diesen als eine gerechte Sache empfanden, wandten sich enttäuscht ab. Ähnliches geschah im Inland. Viele Mitstreiter schnitten ihre Nabelschnur zur Partei ab und engagierten sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verteidigung eben dieser Ideale und Werte, die die FSLN preis gegeben hatte.

Auch parteiintern hat die FSLN den Weggang vieler historischer Mitglieder verkraften müssen, die nicht bereit waren, den neuen Kurs mitzutragen. Prominente Abgänger waren und sind Sergio Ramirez, ehemals Vizepräsident der sandinistischen Revolutionsregierung, Herty Lewites, einst populärer Bürgermeister von Managua, Dora María Tellez, die legendäre Guerrilla-Kämpferin, die 1978 bei dem Sturm des Nationalpalasts mit von der Partie war und 1979 die Einnahme der Stadt León anführte, der Comandante Henry Ruiz, Mitglied des damaligen Nationalen Direktoriums und Minister für externe Kooperation der Revolutionsregierung, Victor Hugo Tinoco, Vizeaußenminister der Revolutionsregierung, Monica Baltodano, auch eine legendäre *Guerrillera*, die den Aufstand in Managua sowie die Einnahme von Jinotepe und Masaya mit anführte, und viele andere. Sergio Ramirez und Dora María Tellez verließen die FSLN 1995 aus Protest gegen die internen Säuberungen, die der *Orteguismo* innerhalb der Partei anzettelte, und gegen die fehlende interne Demokratie innerhalb der FSLN. Sie gründeten 1996 die „Bewegung sandinistischer Erneuerung“ („*Movimiento de Renovación Sandinista*“, MRS), die bis heute von der FSLN als Verräter gnadenlos bekämpft wird. Herty Lewites wurde von Ortega im Februar 2005 aus der Partei geschasst, weil er es wagte, bei den internen Wahlen der FSLN, um den Präsidentschaftskandidaten der Partei zu bestimmen, gegen ihn anzutreten. Gleichzeitig setzte Ortega die parteiinternen Wahlen aus und proklamierte sich erneut zum Präsidentschaftskandidaten der FSLN. Ortega warf auch Victor Hugo Tinoco und Henry Ruiz aus der Partei, weil beide die Präsidentschaftskandidatur von Herty Lewites offen unterstützten. Und Mónica Baltodano trat 2005 aus der FSLN aus, weil sie die Vereinbarungen zwischen Ortega und Alemán nicht mittragen wollte. Ihnen schlossen sich bekannte sandinistische Kämpfer und Künstler an wie die Schriftstellerin Giaconda Belli, der Dichter Ernesto Cardenal und der Sänger und Liedermacher Carlos Mejía Godoy. Sie gründeten die „Bewegung für die Rettung des Sandinismo“ („*Movimiento por el Rescate del Sandinismo*“, MRS), die eine Allianz mit der Bewegung sandinistischer Erneuerung von Sergio Ramirez und Dora María Tellez einging. Diese Abspaltungen waren für die FSLN deswegen schmerzlich, weil sie ihren Monopolanspruch auf den *Sandinismo*, das politische Erbe von Cesar A. Sandino, beendeten. Die Abtrünnigen riefen eine neue politische Kraft ins Leben, die sich mit dem gleichen Recht wie die FSLN „sandinistisch“ nennen und sich auf die sandinistische Revolution berufen darf. Insofern darf man die heutige FSLN und die heutige Regierung von Daniel Ortega als „sandinistisch“ bezeichnen, aber in dem Bewusstsein, dass sie keinen Alleinanspruch darauf haben. Der plötzliche Tod von Herty Lewites, mitten im Wahlkampf 2006, traf die Allianz schwer. Sie verlor ihren Kopf und charismatischen Führer, der das Zeug gehabt hätte, die von der FSLN enttäuschten sandinistischen Wähler an sich zu ziehen.

Wofür steht aber die Allianz MRS politisch? Sie ist ein buntes Bündnis gemäßigter linker Politiker, das im Kern eine sozialdemokratische Alternative zur heutigen FSLN darstellt. Nach dem Tod von Herty Lewites übernahm Edmundo Jarquín die Führung der Allianz, ein intelligenter, gebildeter und integrierender Politiker, der wegen seiner Bemühung, stets „*political correct*“ zu sein, nirgendwo aneckt, deswegen aber auch nirgendwo richtig auffällt. Der Einfluss der Allianz MRS auf die praktische Politik ist gering, ihr Wert besteht vielmehr darin, einen politischen Diskurs aufrechtzuerhalten, der einen potenziellen dritten Weg zwischen *Orteguismo* und Neoliberalismus aufzeichnet. Ihre Führungspersonen haben aber den Ehrgeiz, Politik praktisch zu gestalten und sie haben sich lange Zeit als Juniorpartner der Liberalen um Eduardo Montealegre angeboten. Dass sie solche Angebote ernst meinen, zeigten sie bei den Kommunalwahlen von November 2008: nachdem sie selbst nicht kandidieren durften, machten sie aktiven Wahlkampf für Eduardo Montealegre und seine Bewegung. Bei den Präsidentschaftswahlen 2011 traten sie als Juniorpartner an, nicht von Eduardo Montealegre, sondern von Fabio Gadea, dem von Eduardo Montealegre aus dem Hut gezauberten Präsidentschaftskandidaten seiner Bewegung. Eine solche „liberalsoziale“ Allianz ist sicherlich ein interessantes, hoffnungsvolles Experiment für Nicaragua, sozusagen eine Allianz für Demokratie, aufgeklärte Bürgerbeteiligung und soziale Gerechtigkeit. Gescheitert ist sie bislang vor allem am Zaudern von Eduardo Montealegre und an der fehlenden programmatischen Klarheit der potenziellen Partner. Doch eine solche Allianz ist für die MRS nicht ohne Risiko. In einem derartigen Bündnis setzt sie sich der Gefahr aus, ihre politische Identität zu verlieren, was das Ende eines politischen Diskurses wäre, der für Nicaragua notwendig ist. Wie Andrés Pérez Baltodano in einem Beitrag für *Envío* von Juli 2008 scharfsinnig analysiert, könnte die MRS letztendlich den „Neoliberalismus“ von Eduardo Montealegre legitimieren, indem sie dazu beiträgt „den Eindruck zu erwecken, dass die Demokratie von Eduardo Montealegre eine Demokratie gegen den Hunger“ sei. Er befürchtet auch, dass die MRS den Kampf gegen die Korruption „verwirrt“, weil sie sich mit Eduardo Montealegre alliiert, ohne dafür bürgen zu können, dass die ihm vorgeworfene illegale Vorteilsnahme bei den Bankenliquidierungen der Jahre 2001 und 2003, als er Finanzminister war, jeder Grundlage entbehrt. Dass sie an der Seite von Fabio Gadea und nicht von Eduardo Montealegre antraten, dürfte die Risikominderung erleichtern. Nach den Wahlen von November 2011 ist aber absehbar, dass Fabio Gadea altersbedingt die Allianz nicht lange führen wird, so dass die MRS wohl erneut seine Beziehung zu Montealegre klären müssen. Und dann ist es nicht auszuschließen, dass die MRS dem Neoliberalismus von Montealegre ein menschlicheres Gesicht gibt, anstelle diesen einfach zu legitimieren, wie Pérez Baltodano befürchtet. Die Allianz MRS hat zudem sehr mächtige Gegner: die FSLN und den *Orteguismo*. Auch zu-

künftig werden sie versuchen, die Allianz politisch auszuschalten, wie sie es bei den Kommunalwahlen von November 2008 taten, als sie ihr mit Hilfe des Obersten Wahlrates die Rechtspersönlichkeit entzogen. Für die FSLN ist nämlich die Allianz MRS nicht nur eine politische Konkurrenz, die ihr in Wahlen entscheidende Stimmen wegnehmen kann, ihre Mitglieder betrachtet sie auch als „Verräter“, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Und so sind die Attacken der FSLN gegen die Allianz MRS oft härter, diffamierender und unnachgiebiger als die gegen die liberal-konservative Opposition.

2.6 Angepasste Großkapitalisten

Wenige Tage nach dem Wahlsieg von Daniel Ortega 2006 ließ Carlos Pellas, der mächtigste und reichste Unternehmer des Landes, einen Fernsehspot ausstrahlen, in dem er höchst persönlich dazu aufrief, „Vertrauen in die neue Regierung zu haben“. Nur wenige Tage davor hatte er dazu aufgerufen, Eduardo Montealegre, den liberalen Kandidaten, zu unterstützen und vor den Gefahren gewarnt, die ein Sieg von Daniel Ortega für Nicaraguas Wirtschaft bedeuten würde. Pragmatismus eines erfolgreichen Unternehmers? Oder doch Opportunismus eines wendigen Großkapitalisten? Ortega hat sich postwendend revanchiert. Wenige Tage nach der Wahl versicherte er Jimmy Carter, dem ehemaligen Präsidenten der USA und seit 1990 eine Art Chefbeobachter nicaraguanischer Wahlprozesse, dass die neue Regierung „dem Privatsektor und den Investoren Sicherheit“ garantieren würde. Als dann Berichte bekannt wurden, die auf eine möglicherweise ansetzende Kapitalflucht hindeuteten, zirkulierten Gerüchte, dass die neue Regierung daran dächte, den Finanzminister und den Zentralbankpräsidenten der ausscheidenden Regierung im Amt zu belassen. Es ist nicht klar, ob diese Gerüchte Wunschdenken des Unternehmerverbandes waren oder ob Ortegas Leute diese gezielt in die Welt setzten, um den Privatsektor und die Kapitalanleger zu beruhigen. Ortega höchst persönlich traf sich noch vor Amtsantritt mit dem Arbeitgeberverband, um gutes Wetter für seine Regierung zu machen. Das versuchte er auch bei ausländischen Investoren. Ende November, in einer Pressekonferenz am Rande eines „Höflichkeitsbesuchs“ bei Antonio Saca, dem damaligen Staatspräsidenten von El Salvador, versicherte er den salvadorianischen Unternehmern, ihre Investitionen in Nicaragua respektieren zu wollen; er betonte wiederholt: „Die Verpflichtungen mit den ausländischen Investitionen werde ich vertiefen ... ich möchte, dass sie sich sicher fühlen“. Und die ersten Treffen als frisch gewählter Präsident hat er nicht mit den sandinistischen Gewerkschaften stattfinden lassen, nicht mit sandinistischen Genossenschaften, nicht mit den sandinistischen sozialen Bewegungen, also nicht mit all jenen, denen

er seinen Wahlsieg verdankt, sondern mit dem Großkapital des Landes, das im Unternehmensverband COSEP organisiert ist. Wenige Tage später folgte wieder ein Treffen mit dem Klassenfeind: den Großbankern, die in der Bankenvereinigung („*Asociación de Bancos*“) organisiert sind. Allen Großkapitalisten versprach er das Gleiche: das Abkommen mit dem IWF zu erneuern, das Freihandelsabkommen mit den USA nicht anzutasten, die Regeln des freien Marktes zu respektieren und die Schulden des Staates gegenüber Privatbanken zu bedienen, die aus der Ausgabe von Staatsanleihen (CENIS) resultieren, mit deren Hilfe der Staat die finanziellen Kosten von Privatbankpleiten in den Jahren 2000 und 2001 auffing (s. Abschn.: „*Das Festmahl der Banker*“). Es war der Beginn eines langen Schmusekurses zwischen der Regierung Ortega und dem Großkapital Nicaraguas.

„Wo ist der COSEP?“, fragte *Envío* im März 2009, sich zur Resonanzfläche vieler Bürger, Bürgerrechtler und Oppositioneller machend, die eine klare Position des Unternehmensverbandes inmitten der politischen und institutionellen Krise des Landes nach den Kommunalwahlen von November 2008 vermissten. Seine Antwort war aber nüchtern, ja sogar resignierend: die Großunternehmen des Landes bedauern den Verlust an internationaler Glaubwürdigkeit der Regierung und die Verschlechterung Nicaraguas im *country-risk rating*. Sie kompensieren dies aber mit einem „tief verwurzelten Pragmatismus“. Sie beruhigen sich damit, dass Daniel Ortega ihnen die Spielregeln nicht verändert hat – er enteignet nicht, im Unterschied zu Chávez – und vor allem damit, dass niemand besser als Daniel Ortega ihnen soziale Kontrolle über eine unzufriedene Belegschaft und die verarmten Massen sichern kann.

Sie wissen – schreibt *Envío* weiter – dass, wenn Eduardo Montealegre das Land regieren würde und der [Wirtschafts- und Finanz]-Krise Herr werden müsste, Daniel Ortega die Fähigkeit hätte, mit seinen organisierten Anhängern das Land in Brand zu setzen, tausend und eins soziale Forderungen erhebend. Deswegen sind sie vorsichtig, sie passen sich an, warten ab.

Zu ihrem Selbstverständnis gehört nicht, demokratische Spielregel dezidiert zu verteidigen. Rechtsstaatlichkeit mahnen sie nur hinsichtlich der Sicherheit von Eigentumsrechten an. Bei ihnen wiegt mehr die persönliche Beziehung zu den Regierenden, die ihnen erlaubt, staatliche Hilfe zu erhalten, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu manipulieren und die Konkurrenz auszugrenzen. Diese Haltung machte der Präsident des COSEP, José Adán Aguerri, nach einer Sitzung des COSEP mit Daniel Ortega und Rosario Murillo am 18. Januar 2011 klar, ein Treffen, das Ortega und Murillo propagandistisch als Beweis für eine harmonische Allianz zwischen Regierung, Unternehmern und Arbeitern ausschaltete. Nachdem unabhängige Zeitungen und die Opposition den COSEP in der Öffentlichkeit massiv kritisiert

haben, weil das Großkapital eine zu „gefällige“ Haltung gegenüber der Regierung Ortega einnehmen würde, verteidigte er sich in einem Radiointerview sinngemäß so: die Unternehmen konzentrieren sich darauf, die Wirtschaft voranzubringen und Arbeitsplätze zu schaffen, die politischen und institutionellen Probleme des Landes müssen die Politiker lösen. Ganz so als wäre die Verfassung nur ein Verhaltenskodex für die Politiker, die nur sie zu verteidigen haben, und als hätten die Bürger mit der Wirtschaftspolitik des Landes nichts zu tun, als wäre sie nur ein Gegenstand für offene oder geheime Absprachen zwischen der Regierung und dem Großkapital.

Das Verhalten nicaraguanischer Großunternehmer unter der Regierung Ortega ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel in den letzten fünf Jahrzehnten. Sie haben sich immer um die Demokratie „besorgt“ gezeigt, Kampagnen finanziert, um die Bürger zur Stimmabgabe zu motivieren und die Achtung von Recht und Verfassung anzumahnen, wie der COSEP es in den Jahren 2009 und 2010 getan hat. Ihre Beziehungen zu den Machthabern waren aber immer bestens, „intensiven, nie endenden Flitterwochen“ gleichend, wie *La Prensa* in ihrer Sonntagsbeilage vom 6. Juni 2010 schrieb. Und die Regierenden haben diese Kampagnen toleriert, meistens ignoriert und selten zum offiziellen Gesprächsthema mit dem Großkapital gemacht. Gerade das geschah bei der Zusammenkunft Ortegas mit dem COSEP in Januar 2011. Der COSEP stellte politische Forderungen, Ortega griff diese nicht einmal auf und die Wirtschaftsbosse nahmen es stillschweigend hin. Ein Grund für diese Haltung des Großkapitals ist die gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft in einem kleinen, wirtschaftsschwachen Land wie Nicaragua, dessen Unternehmer meilenweit weg vom Schumpeterschen Ideal des risikoreichen, innovativen „schöpferischen Zerstörers“ sind. Kein Politiker kann gegen die mächtigen Unternehmer wirtschaftlich erfolgreich regieren; und kein Unternehmer kann gegen die Regierenden lange erfolgreich wirtschaften. Die Politiker brauchen die Ressourcen, die die Wirtschaft generiert; die Unternehmer brauchen den Schutz und die Privilegien, die ihnen die Regierenden gewähren, wenn sie sich anpassen (!). Diese gegenseitige Abhängigkeit verwandelt sich vielfach in eine echte Symbiose. Viele Politiker brauchen die Politik, um Unternehmer zu werden; und viele Unternehmer brauchen den wirtschaftlichen Erfolg, um Politiker zu werden.

2.7 Die streitbare Zivilgesellschaft

In den 1990er Jahren erlebte Nicaragua eine explosionsartige Vermehrung zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO). Verantwortlich dafür waren vor allem die neoliberale Entrümpelung des sandinistischen Staates, sein Rückzug auf wenige

Kernfunktionen, und das Bestreben vieler, während der sandinistischen Revolution geschaffener, als verlängerter Arm des sandinistischen Staates konzipierter Massenorganisationen, ihr Weiterbestehen in der Unabhängigkeit und Autonomie gegenüber dem Staat, aber auch gegenüber der FSLN, zu suchen. Daraufhin haben sich einige Basisorganisationen wie der *Movimiento Comunitario* und die Frauenbewegung neu erfunden, sie haben gelernt, demokratischer und pluralistischer zu denken und zu handeln. Das erklärt, warum die meisten ZGO, die nach 1990 entstanden, eine Eigenschaft besitzen, die unter der Regierung Ortega paradoxerweise eine enorme Bedeutung erlangen sollte: ihr sandinistischer Ursprung. Viele von ihnen entstammen aus sandinistischen Organisationen aus der Zeit der Revolutionsregierung, sie wurden anfänglich sogar von bekannten sandinistischen Funktionären geleitet und gewährten vielen Sandinisten beruflichen Unterschlupf in den harten Jahren des „Neoliberalismus“. Auch die Politik der internationalen Kooperation, die die Partizipationsförderung und die Stärkung der Zivilgesellschaft zu zentralen Förderbereichen machte, trieb die Gründung von ZGO in die Höhe. Die Folge obiger Entwicklungen war eine Gründungswelle: zwischen 1980 und 1989 haben ganze 114 ZGO die Rechtspersönlichkeit erteilt bekommen. Zwischen 1990 und 2000 erhielten sie dagegen mehr als 2.150. Sie haben sich meistens organisiert, um Aufgaben zu übernehmen, die der Staat nicht wahrnehmen konnte oder wollte, oder um feministische, ökologische, indigene und sonstige Interessen und Rechte zu verteidigen, die im neuen „neoliberalen Staat“ keinen Platz mehr hatten. Auch der Hurrikan Mitch 1998 hat den ZGO einen zusätzlichen Schub verliehen. Angesichts der Unfähigkeit des Staates, die Nothilfe- und die Wiederaufbaumaßnahmen wirksam zu koordinieren, haben sich mehr als 300 ZGO landesweit zur Zivilen Koordinierungsinstanz für den Wiederaufbau („*Coordinadora Civil para la Emergencia y Reconstrucción Nacional*“ CCER) zusammengeschlossen. Solche koordinierende Netzwerke entstanden auch zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Sektoren wie die Frauennetzwerke gegen die Gewalt („*Redes de Mujeres contra la Violencia*“), die die Gewalt gegen Frauen bekämpft, oder das Netzwerk für die Demokratie und die Lokale Entwicklung („*Red para la Democracia y el Desarrollo Local*“), welche die Dezentralisierung und die Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene fördert.

Die Netzwerke oder Konsortien zivilgesellschaftlicher Organisationen können als neue Modalitäten sozialer Organisation gelten, die sich als „*pressure groups*“ oder „*advocacy groups*“ die Verteidigung unterschiedlicher Identitäten und Rechte zu Eigen machten. Durch deren Bildung wollten die ZGO ihre Verhandlungsstärke gegenüber potenziellen internationalen Geldgebern und ihr Druckpotenzial gegenüber dem Staat steigern. Oft sind solche national agierende Netzwerke lokal schwach verankert, da sie selten lokale Basisorganisationen oder lokale ZGO integrieren. Eine Ausnahme bilden oft Netzwerke, die sich der lokalen Wirtschaftsentwicklung widmen und in ihren Reihen auch Produzentenorganisationen, Koope-

rativen und Gremien der lokalen Privatwirtschaft zählen. Eine weitere Eigenschaft dieser Netzwerke ist das starke politische Engagement und ihre im Großen und Ganzen kooperative Haltung gegenüber dem Staat und anderen Organisationen. Zurückzuführen ist dies auf die Überzeugung, dass sie nur dann wirksam und nachhaltig sein können, wenn sie mit einer Vielzahl von Organisationen kooperieren, die politische und finanzielle Entwicklungsressourcen kontrollieren. Dies legt weitere Eigenschaften solcher Netzwerke offen, nämlich ihre starke Formalisierung und ihr Allmachtglauben: sie halten sich für die Lösung von Problemen für unerlässlich. Damit einher geht ihre Neigung, die Bevölkerung, die sie zu vertreten vorgeben, zu ersetzen, die direkte Partizipation und Selbstorganisation der Marginalisiertesten zu vernachlässigen, und traditionelle Formen kollektiven Handelns (Gewerkschaften, Gremien, Parteien) zu ignorieren.

Unter den liberal-konservativen Regierungen zwischen 1990 und 2006 waren die Beziehungen zwischen dem Staat und den ZGO sehr wechselhaft, wie Luis Serra Vázquez in seinem Buch *„La sociedad civil nicaragüense, sus organizaciones y sus relaciones con el estado“* darlegt (s. auch Abschn.: *„Die symbolische Aufwertung von Partizipation und Zivilgesellschaft“*). Während der Regierung von Doña Violeta (1990–1996) waren sie eher konfliktbeladen, da die ZGO mit einer sandinistischen Vergangenheit sich vehement gegen den „neoliberalen Umbau des Staates und der Zivilgesellschaft“ stemmten. Dennoch respektierte die Regierung die Meinungs- und Organisationsfreiheit der ZGO und hat einige, wenn auch begrenzte Kooperationserfahrungen in den Bereichen Gesundheit, Kinder- und Frauenrechte gefördert. Unter der Regierung von Arnoldo Alemán (1997–2002) waren die Beziehungen sehr angespannt, da diese den ZGO ihre „sandinistische Sympathie“ und den „Zugang zu internationalen Geldern“ vorwarf. Von Anfang an hat sie versucht, die Autonomie der ZGO einzuschränken, und zwar durch eine Verschärfung der rechtlichen Kontrolle über die Tätigkeiten und die Finanzierung von ZGO und die Limitierung des Aufenthaltsrechts von Ausländern, die für ZGO insbesondere in den Bereichen der reproduktiven Gesundheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern arbeiteten. Eine Änderung des Gesetzesrahmens hat Alemán allerdings letztendlich nicht durchsetzen können, was als deutliches Zeichen für die politische Stärke gelten kann, die die ZGO inzwischen erlangt hatten. Die Regierungszeit von Enrique Bolaños (2002–2007) ist dagegen eine Zeit enger Kooperationen und Allianzen zwischen der Regierung und den ZGO, und zwar zum gegenseitigen Nutzen. Nach dem Bruch mit Arnoldo Alemán und der PLC versuchte Bolaños mit Hilfe von ZGO eine neue politische Basis aufzubauen und eine minimale Regierungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die ZGO versuchten ihrerseits einige ihrer liebsten Anliegen politisch durchzusetzen und gesetzlich zu verankern. Zu ihren größten Erfolgen in dieser Zeit zählen die Verabschiedung des Partizipationsgesetzes, das sie maßgeblich formuliert und vorangebracht haben, und die Verabschiedung einer

zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft konzertierten Dezentralisierungspolitik. Ergebnis dieser Kooperation war die Schaffung zahlreicher Instanzen für die Konzertation zwischen Staat und Zivilgesellschaft, in denen sich die Akteure bemühten, die politischen Institutionen für die Bürgerbeteiligung zu öffnen, um die sozialen Forderungen in geordnete Bahnen zu kanalisieren.

Obwohl die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und neoliberalen Regierungen zeitweise sehr konfliktiv waren, entstand zwischen 1990 und 2006 ein normativer Rahmen, der für die Betätigung zivilgesellschaftlicher Organisationen durchaus förderlich war. Und diese wurde von ZGO unterschiedlichster Provenienz und Motivation aktiv in Anspruch genommen, zumal sie in dieser Zeit Zugang zu einer relativ großzügigen externen Finanzierung hatten. Allerdings begünstigten diese normativen und finanziellen Bedingungen vor allem die Entwicklung von ZGO, die eine Funktion als „Lückenfüller“ wahrnahmen; das heißt, als Dienstleister anstelle des Staates und im Auftrag entweder des Staates oder der internationalen Kooperation. Das ging zu Lasten von ZGO, die politische und zivile Rechte verteidigen, die Macht des Staates begrenzen sowie Räume für Bürgerbeteiligung und Ausübung von Bürgerschaft schaffen wollten. Diese ZGO haben relativ wenig Fortschritte in der Stärkung ihrer Organisations- und Kampagnenfähigkeit gemacht. Sie waren nicht in der Lage, wirtschaftlich und wirksam zu handeln und ihre Kampagnen beschränkten sich darauf, ihre Mitglieder fortzubilden und ihre Themen zu predigen, ohne wirklich zu wissen, bei wem die Botschaften ankamen und was sie bewirkten. Der Fortbestand all dieser Schwächen sollte sich unter der Regierung Ortega-Murillo bitter rächen. Seit dem Amtsantritt Ortegas nämlich gestalten sich die Beziehungen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft noch viel konfliktiver und komplizierter als unter den liberal-konservativen Regierungen (s. Abschn.: *„Die Dämonisierung der ‚anderen‘ Zivilgesellschaft“*). Ein wesentlicher Grund dafür ist, Ironie der Geschichte, die Tatsache, dass auch viele ZGO, die einen sandinistischen Hintergrund haben, inzwischen Anliegen und Rechte verteidigen, die sie nur in einer funktionierenden rechtsstaatlichen Demokratie wirksam durchsetzen können, dem Kampf gegen den Pakt Ortega-Alemán und gegen das draconische Anti-Abtreibungsgesetz, das das Parlament 2006 mit den Stimmen der FSLN verabschiedet hat, eingeschlossen. Das bringt sie automatisch in Opposition zu den autoritären und totalitären Bestrebungen des *Orteguismo* und in Allianzen mit nicht-sandinistischen Akteuren. Insgesamt muss man aber konstatieren, dass die regierungskritischen ZGO, mit oder ohne sandinistischem Hintergrund, aufgrund ihrer schwachen Organisations- und Kampagnenfähigkeit sowie ihrer Unerfahrenheit im Umgang mit einer wachsenden Ausgrenzung durch die Regierung zunehmende Schwierigkeiten haben, sich Verhör zu verschaffen, oder gar politisch zu überleben.

Nicaragua

Zwischen Absolutismus und Demokratie

Gómez, R.

2012, X, 215 S., Softcover

ISBN: 978-3-531-19561-2